

STADT LAMPERTHEIM

NIEDERSCHRIFT

über die 5. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Lampertheim

am Freitag, dem 10.12.2021,

in der „Hans-Pfeiffer-Halle“, Weidweg, in 68623 Lampertheim

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 20:04 Uhr

Außer den persönlichen Einladungen an die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sowie an die Mitglieder des Magistrats wurde die Einladung gem. der Hauptsatzung der Stadt Lampertheim veröffentlicht.

Stadtverordnetenversammlung:

Korb, Franz (CDU)
Aberle, Michael (Grüne)
Bär, Martin (CDU)
Berg, Karl Heinz (SPD)
Biehal, Carola (SPD)
Bittner, Thomas (FDP)
Brandt, Petra (SPD)
Dr. Diehlmann, Gernot (FDP)
Galvagno, Lisa (CDU) ab 19:30 Uhr, TOP 12
Galvagno, Nunzio (CDU)
Dr. Griesheimer, Stefan (CDU)
Häußler, Uwe (SPD)
Hedderich, Björn (CDU)
Henkelmann, Iris (Grüne)
Hinz, Julia (CDU)
Hofmann, Margareta (CDU)
Horstfeld, Karl-Heinz (CDU)
Horstfeld, Peter (SPD)
Hummel, Helmut (FDP)
Kern, Saskia (SPD)
Kettler, Beate Maria (SPD)
Klingler, Jens (SPD)
Knecht, Marco Werner (CDU)
Krämer-Gerlich, Melanie (FDP)
Kronauer, Bärbel (SPD)
Krotz, Christiane (SPD)
Lenhardt, Robert (SPD)
Lüderwald, Steffen (SPD)
Mietzker-Becker, Mirja (Grüne)
Morawetz, Alexander (Grüne)
Nickel, Stefan (Grüne)
Ofenloch, Dominik (SPD)
Rank, Alexander (CDU)
Rinkel, Helmut (Grüne)
Röhrenbeck, Fritz (FDP)
Scholl, Alexander (CDU)
Siegler, Noah (SPD)
Simon, Gregor (Grüne)
Stöwesand, Edwin (CDU)
Strubel, Lara (SPD)

Süss, Armin (CDU)
Teufel, Stefanie (FDP)
Volkert, Torsten (CDU)
Winter, Lydia (SPD)

Magistrat:

Bürgermeister Gottfried Störmer – ab 18:06 Uhr
Erster Stadtrat Marius Schmidt
Bienefeld, Otto
Hahn, Hans
Hofmann, Werner
Lüderwald, Silke
Schaefer, Daniel
Ohl, Gottlieb

Verwaltung:

Gross, Beate – Schriftführung
Markert, Sibylle
Müller, Ralf – FB 10
Ruh, Gregor – FB 20

Entschuldigt fehlen:

Stadtv. Marilyn Menger (Grüne) sowie die Stadträte Andreas Beth, Bernhard Hossner, Jürgen Meyer, Werner Reuters, Hans Schlatter und Joachim Stumpf.

Der **Stadtverordnetenvorsteher F. Korb** eröffnet die heutige Sitzung und stellt vor Beginn der Beratungen die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest. Hiergegen werden keine Einwände erhoben.

Darüber hinaus verfügt der Stadtverordnetenvorsteher, dass aufgrund der pandemischen Lage während der gesamten Sitzung Masken zu tragen sind, mit Ausnahme während der Redebeiträge.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen
 - 1.1 des Stadtverordnetenvorstehers
 - 1.2 der Ausschussvorsitzenden
 - 1.3 der Ortsvorsteher
 - 1.3.1 Mitteilung des Stadtv. Berg - Tabakscheune Hüttenfeld
 - 1.4 des Magistrats
 - 1.4.1 Magistratsbericht gem. § 50 Abs. 3 HGO (2021/424)
 - 1.4.2 Schillercafé - Abbruchkosten und Buchwert (2021/346) + 1. Ergänzung
 - 1.4.3 Bekanntgabe des Beteiligungsberichts 2020 (2021/378)
 - 1.4.4 Vorstellung Portfoliobericht Fachbereich Immobilienmanagement (2021/388)
 - 1.4.5 Anfrage des Stadtv. Hummel - Sachstand zur Sanierung des Heimatmuseums (2021/422)
 - 1.4.6 Anfrage der CDU-Fraktion zu Sirenen, Warnsysteme & Bürger-Information (2021/425)
 - 1.4.7 Konditionen Investitionskredit (2021/430)

2. Anfragen an den Magistrat
 - 2.1 Anfrage des Stadtv. Bittner - Schulbusse
 - 2.2 Anfrage des Stadtv. Lenhardt - Sportstättenentwicklungsplan
 - 2.3 Anfrage der Stadtv. Mietzker-Becker - Coronatestungen in Kitas
 - 2.4 Anfrage des Stadtv. Simon - Winterdienst
 - 2.5 Anfrage des Stadtv. Hedderich - Straßenschäden
 - 2.6 Anfrage des Stadtv. Hedderich - Straßenbeleuchtung
3. Kommunalwahlen am 14.03.2021 - Ernennung eines Stadtrates
4. Gründung eines Landschaftspflegeverbandes im Kreis Bergstraße (2021/341)
5. Kinderrechtesatzung und Erweiterung des Leitbilds der Stadt Lampertheim im Vorhaben "Kinderfreundliche Kommune" (2021/371)
6. Weiteres Vorgehen Stromkonzessionsverfahren im Stadtteil Hüttenfeld (2021/373)
7. Verlängerung der Bankbürgschaft für die Stadtentwicklung Lampertheim GmbH & Co. KG gemäß § 104 HGO (2021/372)
8. Übernahme einer Ausfallbürgschaft für die Biedensand Bäder Lampertheim GmbH gemäß §104 HGO (2021/395)
9. Landesförderprogramm "Zukunft Innenstadt" (2021/332
1. Ergänzung)
10. Entwässerungssatzung der Stadt Lampertheim Vierte Änderungssatzung (2021/368)
 - 10.1 Entwässerungssatzung der Stadt Lampertheim Vierte Änderungssatzung (2021/368
1. Ergänzung)
11. Bebauungsplan 071 B - 00 "Wormser Landstraße - 2. BA" hier: Satzungsbeschluss (2021/385)
12. Beratung und Beschlussfassung
 - 12.1 der Anträge zum Haushalt 2022
 - 12.1.1 Getrennte Anträge der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion: Sanierung Heimatmuseum
 - 12.1.2 Antrag der SPD-Fraktion: Konzept für den Ausbau von Ladeinfrastruktur
 - 12.1.3 Antrag der SPD-Fraktion: Einbau von elektronisch versenkbaren Pollern in der Sedanstraße
 - 12.1.4 Antrag der SPD-Fraktion: Sichere Schulwege schaffen
 - 12.1.5 Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Investitionsprogramm 2022 - Abbruch Schillercafé"
 - 12.1.6 Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Förderprogramm Ausbau Tagespflege"
 - 12.1.7 Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Investitionsprogramm 2022 - Planung Umgestaltung Bahnhof Hofheim"
 - 12.1.8 Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Stellenplan "Vollzeitstelle Feldschutz"
 - 12.1.9 Antrag der SPD-Fraktion: Sanierung der L3110 in Hüttenfeld
 - 12.1.10 Antrag der FDP-Fraktion zur Finanzierung der Bahnhofsumgestaltung in Lampertheim, der Sanierung der Zehntscheune und der Beplanung Schillerplatz
 - 12.2 der Änderungen im Entwurf des Haushaltsplanes 2022

- 12.2.1 Haushalt 2022 - Änderungsliste und angepasste Ergebnis- und Finanzplanung 2021-2025 (2021/412)
- 12.3 der Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan für das Jahr 2022 mit Anlagen
- 12.4 des Investitionsprogramms 2021 - 2025
- 12.5 Unterrichtung über die Ergebnis- und Finanzplanung für den Planungszeitraum 2021 - 2025
- 13. Gemeinsamer Antrag aller in der STVV vertretenen Fraktionen: Neuausrichtung Arbeitskreise & Beiräte

1. Mitteilungen

1.1 des Stadtverordnetenvorstehers

Es liegen keine Mitteilungen vor.

1.2 der Ausschussvorsitzenden

Es liegen keine Mitteilungen vor.

1.3 der Ortsvorsteher

1.3.1 Mitteilung des Stadtv. Berg - Tabakscheune Hüttenfeld

Ortsvorsteher Berg bedankt sich bei den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung, dass sie parteiübergreifend die Hüttenfelder Bürger*Innen, die von der Umwandlung des Kulturdenkmals „Tabakscheune“ für Wohnzwecke betroffen waren, Verständnis und Unterstützung entgegenbrachten. Darüber hinaus bittet er die Stadtverordneten um weitere Unterstützung, so dass ein einvernehmlicher Abschluss in der Sache gelingen kann.

1.4 des Magistrats

Der **Vorsitzende, Stadtv.vorsteher Korb** verweist auf die der Einladung beigefügten Mitteilungsvorlagen sowie der schriftlich zugegangenen Informationen.

Die Mitteilungen des **Ersten Stadtrates**, die den Mitgliedern der STVV bereits im Vorfeld per E-Mail zugegangen sind, sind der Niederschrift als Anlage (1) beigefügt.

Darüber hinaus erhielten die Stadtverordneten als Tischvorlage ein Exemplar der Broschüre „Lampertheim (mit)erleben“.

1.4.1 Magistratsbericht gem. § 50 Abs. 3 HGO

(2021/424)

Die Mitteilungsvorlage der StSt I Büro Bürgermeister ist mit der Einladung zugegangen.

1.4.2 Schillercafé - Abbruchkosten und Buchwert (2021/346)

Die Mitteilungsvorlagen des FB 65 sind mit der Einladung zugegangen.

1.4.3 Bekanntgabe des Beteiligungsberichts 2020 (2021/378)

Die Mitteilungsvorlage des FB 20 mit der Einladung zugegangen.

1.4.4 Vorstellung Portfoliobericht Fachbereich Immobilienmanagement (2021/388)

Die Mitteilungsvorlage des FB 65 ist mit der Einladung zugegangen.

1.4.5 Anfrage des Stadtv. Hummel - Sachstand zur Sanierung des Heimatmuseums (2021/422)

Die Mitteilungsvorlage des FB 65 ist mit der Einladung zugegangen.

1.4.6 Anfrage der CDU-Fraktion zu Sirenen, Warnsysteme & Bürger-Information (2021/425)

Die Mitteilungsvorlage des FB 30 ist mit der Einladung zugegangen.

1.4.7 Konditionen Investitionskredit (2021/430)

Die Mitteilungsvorlage des FB 20 ist mit der Einladung zugegangen.

2. Anfragen an den Magistrat

2.1 Anfrage des Stadtv. Bittner - Schulbusse

Stadtv. Bittner nimmt Bezug auf die durch das Verkehrsministerium Hessen anl. der Corona-Situation zur Verfügung gestellten Mittel und stellt hierzu einige Anfragen. Diese sind der Niederschrift als Anlage (2) beigefügt.

2.2 Anfrage des Stadtv. Lenhardt - Sportstättenentwicklungsplan

Stadtv. Lenhardt nimmt Bezug auf den Beschluss der STVV vom 04.09.2020 zur Erstellung eines Sportstättenentwicklungsplanes und den dafür gebildeten Arbeitskreis und möchte hierzu über den Sachstand informiert werden.

2.3 Anfrage der Stadtv. Mietzker-Becker - Coronatestungen in Kitas

Stadtv. Mietzker-Becker nimmt Bezug auf die im Rahmen der Sitzung des Sozial-Bildungs- und Kulturausschusses erfolgten Mitteilungen zu den Corona-Testungen in den Kindertagesstätten und stellt hierzu folgende Anfragen:

1. Wie hoch wären die Kosten für PCR-Tests bei Durchführung von 2-wöchigen bzw. 3-wöchigen Testungen?
2. Gibt es Engpässe im Angebot von Lolli-PCR-Tests?
3. Aus welchen Gründen hat sich die Stadt Lampertheim für die Antigentests entschieden?

2.4 Anfrage des Stadtv. Simon - Winterdienst

Stadtv. Simon nimmt Bezug auf die Durchführung des Winterdienstes und informiert über eine von der Stadt Dingolfing praktizierte alternative Methode mit Gurkenwasser. Im Hinblick eine Schonung des Ökosystems fragt er an, ob diese Methode evtl. für Lampertheim in Frage kommen könnte.

2.5 Anfrage des Stadtv. Hedderich - Straßenschäden

Stadtv. Hedderich hat einige Anfragen zur Behebung von Straßenschäden. Diese sind der Niederschrift als Anlage (3) beigefügt.

A

2.6 Anfrage des Stadtv. Hedderich - Straßenbeleuchtung

Stadtv. Hedderich hat einige Anfragen zum Themenbereich „Straßenbeleuchtung“. Diese sind der Niederschrift als Anlage (4) beigefügt.

A

3. Kommunalwahlen am 14.03.2021 - Ernennung eines Stadtrates

Bürgermeister Störmer teilt mit, dass Stadtrat Werner Reuters die Stadt Lampertheim

verlassen wird und daher sein Mandat zum 31.12.2021 niederlegt. An seine Stelle wird der Stadtv. Karl-Heinz Horstfeld zum 01.01.2022 in den Magistrat nachrücken. Danach erfolgt durch **Bürgermeister Störmer** und dem **Stadtv.vorsteher Korb** die Vereidigung sowie die Überreichung der Ernennungsurkunde.

4. Gründung eines Landschaftspflegeverbandes im Kreis Bergstraße (2021/341)

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die Stadt Lampertheim der Gründung eines Landschaftspflegeverbandes im Kreis Bergstraße zustimmt.
2. Die Stadtverordnetenversammlung ermächtigt den Magistrat, im Rahmen der Gründungsversammlung dem „Landschaftspflegeverband Kreis Bergstraße“ beizutreten.
3. Dem als Anlage beigefügten Satzungsentwurf und den Grundsätzen zur Berechnung der kommunalen Mitgliedsbeiträge (Beitragsordnung) wird zugestimmt.
4. Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von rund 10.000,00 € als Mitgliedsbeitrag sind im Haushaltsplan für die Folgejahre unter dem Produkt 13.04.01 Natur- und Landschaftspflege, einzustellen.
5. Der Beitritt zu einer Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) zur Erlangung der Fördergelder des Landes Hessen wird beschlossen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

Die Sitzungsvorlage des FB 60 war mit der Einladung zugegangen.

Die Beschlussfassung erfolgt unter Tagesordnung II ohne Aussprache.

5. Kinderrechtesatzung und Erweiterung des Leitbilds der Stadt Lampertheim im Vorhaben "Kinderfreundliche Kommune" (2021/371)

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur Sicherung und Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen und die thematische Erweiterung des Leitbilds der Stadt Lampertheim im Vorhaben "Kinderfreundliche Kommune" gemäß den beigefügten Vorlagen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

Die Sitzungsvorlage des FB 40 war mit der Einladung zugegangen.

Die Beschlussfassung erfolgt unter Tagesordnung II ohne Aussprache.

6. Weiteres Vorgehen Stromkonzessionsverfahren im Stadtteil Hüttenfeld (2021/373)

Beschluss:

- 1. Das Konzessionsverfahren Strom für den Stadtteil Lampertheim-Hüttenfeld wird nach dem rechtskräftigen Urteil des OLG Frankfurt am Main vom 12. August 2021, 11 U 1/21 Kart, aufgehoben.**
- 2. Mit der Stadtwerke Weinheim GmbH (SWW) soll eine Interimsvereinbarung über den Betrieb des Elektrizitätsverteilernetzes der allgemeinen Versorgung im Stadtteil Lampertheim-Hüttenfeld zu den Konditionen des bisherigen Konzessionsvertrags bis zum Abschluss eines neuen Konzessionsvertrags abgeschlossen werden.**
- 3. Der Stromkonzessionsvertrag mit der EWR für die Kernstadt wird mit Wirkung zum 01. Januar 2025 gekündigt.**
- 4. Mit dem neu zu beginnenden Konzessionsverfahren werden die bisherigen Konzessionsgebiete (Kernstadt, Hüttenfeld) zu einem einheitlichen Konzessionsgebiet zusammengefasst. Die Stadtwerke Weinheim GmbH und die EWR Aktiengesellschaft werden als bisherige Konzessionsnehmer nach § 46a Abs. 1 EnWG aufgefordert, die Daten für das neue Konzessionsverfahren mit Stand 31. Dezember 2021 bis zum 31. Mai 2022 aufzubereiten und an die Stadt herauszugeben.**
- 5. Die Verwaltung wird beauftragt, für das neue Konzessionsverfahren einen Berater (rechtlich/energiewirtschaftlich) auszuwählen, der die Stadt bei der Erstellung der Verfahrensunterlagen und im laufenden Verfahren unterstützt.**

Beratungsergebnis: Einstimmig

Die Sitzungsvorlage des FB 20 war mit der Einladung zugegangen.

Die Beschlussfassung erfolgt unter Tagesordnung II ohne Aussprache.

7. Verlängerung der Bankbürgschaft für die Stadtentwicklung Lampertheim GmbH & Co. KG gemäß § 104 HGO (2021/372)

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Verlängerung der Ausfallbürgschaft zu Gunsten der Stadtentwicklung Lampertheim GmbH & CO. KG (SEL) in einer Höhe von 9.000.000,00 € und bevollmächtigt den Magistrat die Detailkonditionen für die Ausfallbürgschaft festzulegen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

Die Sitzungsvorlage des FB 20 war mit der Einladung zugegangen.

Die Beschlussfassung erfolgt unter Tagesordnung II ohne Aussprache.

8. **Übernahme einer Ausfallbürgschaft für die Biedensand Bäder Lampertheim GmbH gemäß §104 HGO** (2021/395)

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Übernahme einer Ausfallbürgschaft zu Gunsten der Biedensand Bäder Lampertheim GmbH (BBL) in Höhe von 80 % für einen Kredit in Höhe von 2.100.000 €.

Beratungsergebnis: Einstimmig

Die Sitzungsvorlage des FB 20 war mit der Einladung zugegangen.

Die Beschlussfassung erfolgt unter Tagesordnung II ohne Aussprache.

9. **Landesförderprogramm "Zukunft Innenstadt"** (2021/332
1. Ergänzung)

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass mit der Umsetzung des Förderprogrammes „Zukunft Innenstadt“ und den hierfür gemäß Zuwendungsbescheid bewilligten Mitteln folgende Ziele erreicht werden sollen:

- mit den Projekten und Maßnahmen des Innenstadtbudgets die Innenstadt der Stadt Lampertheim zu stärken,
- eine Strategie für die Innenstadt erarbeitet wurde und
- die genannten Maßnahmen und Projekte dazu beitragen, die Ziele dieser Strategie zu erreichen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

Die Sitzungsvorlage des RB Stadtmarketing war mit der Einladung zugegangen.

Die Beschlussfassung erfolgt unter Tagesordnung II ohne Aussprache.

10. **Entwässerungssatzung der Stadt Lampertheim Vierte Änderungssatzung** (2021/368)

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die vierte Änderungssatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Lampertheim.

Beratungsergebnis: Einstimmig

Die Sitzungsvorlage des FB 60 war mit der Einladung zugegangen.

Die Beschlussfassung erfolgt unter Tagesordnung II ohne Aussprache.

**10.1 Entwässerungssatzung der Stadt Lampertheim (2021/368
Vierte Änderungssatzung 1. Ergänzung)**

Die Mitteilungsvorlage des FB 60 war mit der Einladung zugegangen.

**11. Bebauungsplan 071 B - 00 "Wormser Landstraße - 2. BA" (2021/385)
hier: Satzungsbeschluss**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- 1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB (Baugesetzbuch) keine Stellungnahmen zur Aufstellung des Bebauungsplanes eingegangen sind.**
- 2. Der Vorschlag zur Abwägung der im Rahmen der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4a Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen, der Bestandteil dieser Beschlussvorlage ist, wird hiermit beschlossen.**
- 3. Der Bebauungsplan wird in der vorliegenden Fassung inklusive bauordnungsrechtlicher Festsetzungen gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.**
- 4. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplan zu ändern und Photovoltaik und Dachbegrünung verbindlich mit aufzunehmen sowie eine Bushaltestelle im Satzungsgebiet mit einzuplanen**

Beratungsergebnis: Einstimmig

Die Sitzungsvorlage des FB 60 war mit der Einladung zugegangen.

Stadtv. Rinkel verweist auf die Diskussion im SEBA, bei der man sich dahingehend verständigt hatte, dass für den Fall einer erneuten Offenlagepflicht die Aufnahme von Photovoltaik und Begrünung in den durch die SEL abzuschließenden Verträgen sichergestellt werden soll. Dieser Beschluss sei einstimmig erfolgt, so dass kein Diskussionsbedarf mehr gesehen werde.

Daraufhin plädiert auch **Stadtv. Klingler** dafür, diese Maßnahmen vorerst mittels vertraglicher Regelung durch die SEL sicherzustellen, so dass nicht erneut eine Offenlage durchzuführen ist. Hierbei bedürfe es dann auch einer Festlegung, wie die Erfüllung dieser vertraglichen Regelungen überprüft werden und wie im Falle einer Grundstücksveräußerung damit umgegangen wird.

Darüber hinaus hebt er die Bedeutung der Aufstellung von Bebauungsplänen für eine Gemeinde in den Vordergrund und spricht sich dafür aus, die Verwaltung zu beauftragen, nach Rechtskraft des Satzungsbeschlusses eine 1. Änderung des Bebauungsplanes zu

machen, in der die Aufnahme von Photovoltaikanlagen, Dachbegrünung sowie die Platzierung einer Bushaltestelle verbindlich festgeschrieben wird. Er beantragt, den Beschlussvorschlag um eine Ziff. 4 mit folgendem Wortlaut zu erweitern: „Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplan zu ändern und Photovoltaik und Dachbegrünung verbindlich mit aufzunehmen sowie eine Bushaltestelle im Satzungsgebiet mit einzuplanen.“

Nachdem seitens der Stadtverordneten eine zustimmende Haltung zu diesem Vorschlag signalisiert wird, lässt der **Vorsitzende** über den Satzungsbeschluss, erweitert um die Beauftragung einer 1. Bebauungsplanänderung (Ziff. 4), abstimmen.

12. Beratung und Beschlussfassung

12.1 der Anträge zum Haushalt 2022

12.1.1 Getrennte Anträge der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion: Sanierung Heimatmuseum

Beschluss:

- 1. Für die Sanierung des Heimatmuseums ist Gefahr im Verzug und sofortiges Handeln erforderlich. Daher fordern wir als erste Maßnahme zur Sanierung der Außenfassade des Heimatmuseums 50.000 € in den Haushalt 2022 einzustellen.**
- 2. Die Verwaltung fordern wir auf, ein externes Gutachten zur Sanierung der Scheune einzuholen und entsprechende Mittel im Haushalt vorzusehen.**
- 3. Die Verwaltung fordern wir auf, auf einen Sanierungsplan mit Kostenschätzung mit Zeit und Finanzierungsplan für die Sanierung der Scheune zur nächsten Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.**
- 4. Die Verwaltung fordern wir auf, Möglichkeiten zu prüfen, Mittel aus dem Topf der ISEK zur Sanierung zur Verfügung zu stellen.**
- 5. Die Verwaltung fordern wir auf, zu prüfen, in wieweit Fördermittel aus der Landesdenkmalpflege generiert werden können.**
- 6. Für die weitere nicht gedeckte Finanzierung wird ein Sponsoring aus Handel- und Wirtschaft aufgelegt.**

Beratungsergebnis: Einstimmig

Der Wortlaut der Anträge ging mit der Einladung zu.

Die Stellungnahmen der Fraktionen sind unter TOP 12.3 festgehalten.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde zurückgezogen, so dass lediglich der Antrag der FDP-Fraktion zur Abstimmung gestellt wird.

12.1.2 Antrag der SPD-Fraktion: Konzept für den Ausbau von Ladeinfrastruktur

Beschlussvorschlag:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für den Ausbau von Ladeinfrastruktur in Lampertheim zu erstellen. Hierbei sollen sowohl das Laden im öffentlichen Raum als auch privat berücksichtigt werden.*
2. *Entsprechende Fördermittel aus der „Kommunalrichtlinie“ des Bundes sind einzuwerben.*
3. *In den Haushaltsplan 2022 sind 5000 € für die Erstellung des Konzeptes einzustellen.*
4. *Die Konzeption ist den städtischen Gremien im dritten Quartal 2022 vorzustellen und Umsetzungsvorschläge zu unterbreiten.*

Beratungsergebnis: Zurückgezogen

Der Wortlaut des Antrages ging mit der Einladung zu.

Stadtv. Klingler zieht den Antrag der SPD-Fraktion zurück und bittet die Verwaltung zu prüfen, ob das Förderprogramm „Kommunalrichtlinie Bund“ in diesem Zusammenhang genutzt werden kann.

Darüber hinaus bittet der den Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt, Mobilität und Energie, dieses Thema in der nächsten Ausschuss-Sitzung auf die Tagesordnung zu nehmen.

12.1.3 Antrag der SPD-Fraktion: Einbau von elektronisch versenkbaren Pollern in der Sedanstraße

Beschluss:

In der Sedanstraße sollen Straßenpoller oder vergleichbare Maßnahmen eingebaut werden.

Die Finanzierung soll durch Einsparungen bei Sach- und Dienstleistungen im Teilergebnishaushalt über alle Produkte generiert werden

Beratungsergebnis: Einstimmig

Der Wortlaut des Antrages ging mit der Einladung zu.

Stadtv. Klingler schlägt vor, den Wortlaut des Antrages dahingehend zu ändern, dass die Worte „elektronisch versenkbare Straßenpoller“ gestrichen und durch die Worte „vergleichbare Maßnahmen“ ersetzt werden. Darüber hinaus soll der Ansatz von 60.000 € gestrichen werden und die Finanzierung soll durch Einsparungen bei Sach- und Dienstleistungen im Teilergebnishaushalt über alle Produkte generiert werden.

12.1.4 Antrag der SPD-Fraktion: Sichere Schulwege schaffen

Beschluss:

1. **Der Magistrat wird beauftragt, umgehend einen „runden Tisch“ zur Verkehrssituation am Schulzentrum West und an den Lampertheimer Grundschulen mit Vertreter*Innen der Politik, der Elternbeiräte, den Schulleitungen, der lokalen Nahverkehrsgesellschaft VTL sowie dem FD 30 Verkehr einzuberufen. Dieser soll die aktuelle Verkehrslage an den Lampertheimer Schulen analysieren und Vorschläge zur Verbesserung**

unterbreiten. Die Ergebnisse und Handlungsvorschläge des runden Tisches sind in der letzten Sitzungsrunde vor der Sommerpause 2022 vorzulegen und zum neuen Schuljahr 2022/23 vorbehaltlich der Gremienbefassung umzusetzen.

- 2. Der Magistrat wird beauftragt, umgehend die Fahrbahnschäden in denjenigen Straßen und Wegen zu beseitigen, die als Schulwege von Schüler*innen genutzt werden. Das sind insbesondere die Alte Viernheimer Straße zwischen Sandstraße und Römerstraße sowie die Hagenstraße zwischen Bürstädter Straße und Goetheschule sowie die fußläufige Erreichbarkeit der Bushaltestelle Wingertsgewann im Rosengarten und den Fahrradweg zur Pestalozzischule herzustellen. Die Kosten sind über das Budget zur Instandhaltung von Straßen und Wegen des FB 60 abzubilden.**

Beratungsergebnis: Einstimmig

Der Wortlaut des Antrages ging mit der Einladung zu.
Die Stellungnahmen der Fraktionen sind unter TOP 12.3 festgehalten.

12.1.5 Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Investitionsprogramm 2022 - Abbruch Schillercafé"

Beschluss:

- 1. Der Magistrat wird beauftragt, in das Investitionsprogramm der Stadt Lampertheim, für einen möglichen Abbruch des Schillercafés, einen Betrag in Höhe von 82.000 € einzustellen.**
- 2. Unabhängig von der aktuellen und einer möglichen zukünftigen Nutzung des Schillercafés sollen im ersten Quartal 2022 alle noch offenen Fragen und Folgekosten hinsichtlich eines Abbruchs und einer Neugestaltung konkretisiert werden.**
- 3. Der Betrag in Höhe von 82.000 € ist mit einem Sperrvermerk zu versehen. Die finale Entscheidung erfolgt durch die Stadtverordnetenversammlung.**

Beratungsergebnis: Einstimmig

Der Wortlaut des Antrages ging mit der Einladung zu.
Die Stellungnahmen der Fraktionen sind unter TOP 12.3 festgehalten.

12.1.6 Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Förderprogramm Ausbau Tagespflege"

Beschluss:

- 1. Der Magistrat wird beauftragt, ein Förderprogramm für den Ausbau des Angebots an Tagespflegekapazitäten (U3-Betreuung) in der Stadt Lampertheim zu erarbeiten und zu etablieren.**

2. Für das Jahr 2022 ist ein Betrag in Höhe von 50.000 € im Haushaltsplan der Stadt Lampertheim einzustellen. Dieser Betrag ist durch Einsparungen bei Sach- und Dienstleistungen im Teilergebnishaushalt über alle Produkte zu generieren. Hinsichtlich etwaiger Fördermöglichkeiten soll eine Abstimmung mit dem Kreis Bergstraße erfolgen.
3. Die erforderlichen finanziellen Mittel für die Folgejahre sind jeweils bedarfsgerecht anzupassen.
4. Tagespflegepersonen, die sich neu in Lampertheim ansiedeln, sollen einen monatlichen Mietzuschuss erhalten, sofern sie Räume für ihre Tätigkeit anmieten müssen. Tagespflegepersonen, die bereits in Lampertheim angesiedelt sind, soll ein Qualitäts- bzw. Instandhaltungs-Bonus gewährt werden. Die detaillierte Ausgestaltung des Förderprogramms ist im ersten Quartal 2022 vorzubereiten und in der Sitzung des Sozial-, Bildungs- und Kulturausschusses am 07. April 2022 vorzustellen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

Der Wortlaut des Antrages ging mit der Einladung zu.

Die **Stadtv. Mietzker-Becker** geht in ihrer Antragsbegründung auf die Notwendigkeit von weiteren Betreuungsplätzen ein und wirbt dafür, die Gründung von Tagespflegestellen zu fördern. Dabei verdeutlicht sie, wie durch die Schaffung von weiteren Betreuungskapazitäten in der Tagespflege Kosten für den Bau weiterer Krippen eingespart werden könnten. Ihre Ausführungen sind der Niederschrift als Anlage (5) beigefügt.

A

12.1.7 Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Investitionsprogramm 2022 - Planung Umgestaltung Bahnhof Hofheim"

Beschluss:

1. Der Magistrat wird beauftragt, die im Investitionsprogramm der Stadt Lampertheim veranschlagten Planungskosten für die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes in Hofheim in Höhe von 115.000 € von Jahr 2024 in das Jahr 2022 vorzuziehen.
2. Im Gegenzug ist die veranschlagte Investition für eine elektrische Schließanlage von 150.000 € auf 50.000 € in 2022 zu reduzieren. Der Restbetrag ist auf die Folgejahre zu verteilen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

Der Wortlaut des Antrages ging mit der Einladung zu.

Die Stellungnahmen der Fraktionen sind unter TOP 12.3 festgehalten.

12.1.8 Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Stellenplan "Vollzeitstelle Feldschutz"

Beschluss:

- 1. Im Stellenplan wird zusätzlich im Fachbereich 30 (Fachdienst Sicherheit und Ordnung) eine Vollzeitstelle für die Funktion „Feldschutz“ ausgewiesen. Die Ausbringung soll stellenplanneutral unter Inanspruchnahme der Personalreserven erfolgen.**
- 2. Bei einer tarifgerechten Ausweisung nach Entgeltgruppe 7 TVöD wären rund 50.000 € mehr an Personalaufwand zu veranschlagen. Dieser Betrag soll durch Einsparungen bei Sach- und Dienstleistungen im Teilergebnishaushalt über alle Produkte generiert werden.**

Beratungsergebnis: Einstimmig

Der Wortlaut des Antrages ging mit der Einladung zu.
Die Stellungnahmen der Fraktionen sind unter TOP 12.3 festgehalten.

12.1.9 Antrag der SPD-Fraktion: Sanierung der L3110 in Hüttenfeld

Beschlussvorschlag:

- 1. In den Haushaltsplan werden 400.000 € für die grundhafte Sanierung der L 3110 auf der Gemarkung Hüttenfeld im direkten Zusammenhang mit der Sanierung der L 3110 auf baden-württembergischer Gemarkung mit Sperrvermerk eingestellt.*
- 2. Die Gegenfinanzierung erfolgt über die Abplanung der Mehrkosten bei der Kreisumlage vorbehaltlich eines entsprechenden Kreistagsbeschlusses.*

Beratungsergebnis: 16 Ja-Stimmen, 28 Gegenstimmen
Damit ist der Antrag abgelehnt.

Der Wortlaut des Antrages ging mit der Einladung zu.
Die Stellungnahmen der Fraktionen sind unter TOP 12.3 festgehalten.

12.1.1 0 Antrag der FDP-Fraktion zur Finanzierung der Bahnhofsumgestaltung in Lampertheim, der Sanierung der Zehntscheune und der Bepanung Schillerplatz

Der Wortlaut des Antrages ging mit der Einladung zu.
Die Stellungnahmen der Fraktionen sind unter TOP 12.3 festgehalten.

12.2 der Änderungen im Entwurf des Haushaltsplanes 2022

12.2.1 Haushalt 2022 - Änderungsliste und angepasste Ergebnis- und Finanzplanung 2021-2025 (2021/412)

Die Mitteilungsvorlage ist mit der Einladung zugegangen.

12.3 der Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan für das Jahr 2022 mit Anlagen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan für das Jahr 2022 mit Anlagen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

Der Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2022 ging den Stadtverordneten mit der Einbringung am 29.10.2021 zu.

Die Anträge der Fraktionen zum Haushalt mit der Einladung zu dieser Sitzung versandt.

Der **Vorsitzende Stadtv.vorsteher Korb** teilt zunächst mit, dass er sich mit den Fraktionsvorsitzenden – aufgrund der pandemischen Lage – dahingehend verständigt hat, dass keine klassische HH-Reden gehalten werden und die Fraktionen lediglich auf die einzelnen Anträge eingehen.

Redaktioneller Hinweis: im Sitzungsverlauf halten die Fraktionsvertreter zunächst ihre Plädoyers, anschließend stellt der Vorsitzende die Anträge zur Abstimmung.

Für die SPD-Fraktion teilt **Stadtv. Klingler** mit, dass seine Fraktion allen Anträgen zustimmen wird, um Lampertheim nach vorne zu bringen. Darüber hinaus zieht seine Fraktion den Antrag zur „Sanierung der Außenfassade des Heimatmuseums“ zurück und unterstützt den Antrag der FDP-Fraktion zur „Sanierung des Heimatmuseums“. Danach verweist er auf die Begründung des Antrages „Sichere Schulwege schaffen“ sowie auf die notwendige Verkehrssicherheit für die Schulkinder und spricht sich für eine Abstimmung der Maßnahmen zum Campus Biedensand zwischen allen Beteiligten aus. Den Einbau von Pollern in der Sedanstraße sieht er durch die beiden Gaststätten mit Außenbestuhlung begründet. Dabei sei außer einer elektronischen Lösung auch eine andere Lösung denkbar. Zu dem Antrag „Förderprogramm Ausbau Tagespflege“ signalisiert er die Zustimmung seiner Fraktion. Dabei verweist er auf die gute Kooperation mit dem Familienzentrum in Bensheim und verdeutlicht, dass jede gewonnene Tagespflegestelle eine sinnvolle Investition ist. In diesem Rahmen empfiehlt er, im Baugebiet „Gleisdreieck“ ähnlich wie in Neuschloß und Rosengarten auch eine Krippe mit einzuplanen.

Die Anträge zum Schillerplatz befürwortet er und weist darauf hin, dass die Maßnahme auch Teil des ISEK ist. Darüber hinaus erinnert er an den Antrag der Koalition SPD/FDP vom 24.02.2017 zu diesem Themenbereich.

Im Hinblick auf den Antrag „Konzept für den Ausbau von Ladeinfrastruktur“ betont er die Notwendigkeit einer konzeptionellen Zusammenarbeit zwischen Hüttenfeld und den Stadtwerken Weinheim sowie zwischen Lampertheim und EnergieRied. Dem Antrag auf eine „Vollzeitstelle Feldschutz“ wird seine Fraktion ebenfalls zustimmen.

Danach geht er auf den Antrag zur Sanierung der L 3110 in Hüttenfeld ein und begründet die Notwendigkeit, die vom Kreis vorgesehene Sanierungsmaßnahme in der Gemarkung Hüttenfeld fortzusetzen. Im Hinblick auf die Finanzierung geht er auf die vom Kreis Bergstraße geplante Anhebung der Kreisumlage ein und wirbt bei den Lampertheimer Kreistagsmitgliedern dafür, in der Kreistagssitzung am kommenden Montag gegen eine Anhebung zu stimmen.

Letztendlich begrüßt er, dass es bei den Personalkosten keine Steigerung geben wird und signalisiert, dass seine Fraktion dem HH-Planentwurf zustimmen wird, sofern die von seiner Fraktion eingebrachten Anträge unterstützt werden.

Danach bezieht der Vorsitzende der CDU-Fraktion, **Stadtv. Scholl**, Stellung zu dem HH-Planentwurf. Dabei wirbt er zunächst dafür, künftig für eine bessere Umsetzung und Vollzug des HH-Planes zu sorgen. Für den vorgelegten HH 2022 freut er sich, dass die Voraussetzungen für eine Haushaltsgenehmigung erreicht wird und begründet anschließend die Anträge der Fraktionen CDU/Grüne und wirbt um Zustimmung.

Anschließend geht er auf die Anträge der SPD-Fraktion ein. Kritisch sieht er den Antrag „Ausbau Ladeinfrastruktur“ und sieht diesen Themenbereich als klassischen Bestandteil des integrierten Klimaschutzkonzeptes. Im Hinblick auf die Kosten sieht er den Antrag auf elektronisch versenkbare Poller in der Sedanstraße und spricht sich zwar für die Grundidee aus, schlägt aber vor, Alternativen zu prüfen. Den Antrag „Sanierung L 3110“ lehnt seine Fraktion ab, da in diesem Bereich noch keine dringende Sanierungsbedürftigkeit gesehen wird.

Seine vollumfängliche Stellungnahme kann der dem Protokoll als Anlage (6) beigefügten HH-Rede entnommen werden.

A

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen, **Stadtv. Nickel**, stellt zunächst fest, dass für das HH-Jahr 2022 noch ohne Anhebung der Grundsteuer B ein Haushaltsausgleich erreicht wird, schließt dies aber für 2023 nicht ganz aus. Dabei fordert er Bund und Land auf, den Kommunen eine auskömmliche Finanzausstattung zur Verfügung zu stellen. Anschließend bezieht er Stellung zu den Anträgen. Dabei spricht auch er sich dafür aus, den Ausbau von Ladeinfrastruktur im Zusammenhang mit dem Klimaschutzprogramm zu behandeln. Auch bei dem Antrag auf „Einbau von elektronisch versenkbaren Pollern“ spricht sich seine Fraktion für eine kostengünstigere Alternative aus. Bei dem Antrag „Sichere Schulwege“ weist er auf das bereits bestehende Konzept – ferner könnte dieser Punkt auch in die Planung zum Biedensand-Campus eingebunden werden. Im Hinblick auf die Stelle „Feldschutz“ spricht er sich dafür aus, die jährlichen Kosten durch Personalmanagementleistung zu erwirtschaften. Für die L 3110 kann auch er zurzeit noch keinen Bedarf für eine grundlegende Sanierung erkennen und letztendlich teilt er mit, dass seine Fraktion dem FDP-Antrag zur Umverteilung der Planungsmittel zwischen den genannten Maßnahmen zustimmen kann, allerdings sollte keine Vermischung mit anderen Fördermaßnahmen außerhalb des ISEK erfolgen.

Letztendlich weist er auf das Investitionsprogramm und spricht sich dafür aus, im Rahmen der Haushaltssatzung zu definieren, wann eine Maßnahme von erheblicher finanzieller Bedeutung ist.

Seine Rede zum HH ist der Niederschrift als Anlage (7) beigefügt.

A

Stadtv. Teufel, die für die FDP-Fraktion Stellung zum Haushalt bezieht, knüpft zunächst an die Ausführungen der Stadtv. Mietzker-Becker zu dem Antrag „Förderprogramm Tagespflege“ an und schlägt vor, zu prüfen, ob städt. Liegenschaften, die nicht genutzt werden, für den Ausbau der Tagespflege zur Verfügung gestellt werden könnten.

Anschließend weist sie auf die Stellungnahmen ihrer Vorredner und geht in kurzen Zügen auf die vorliegenden Anträge ein. Zunächst dankt sie für die Unterstützung des FDP-Antrages zur Sanierung des Heimatmuseums. Der Antrag „Ladeinfrastruktur“ sollte im Rahmen des Klimakonzeptes diskutiert werden, wobei sie die Zuständigkeit eigentlich bei den Energieträgern sieht. Für die Anträge „Poller Sedanstraße“, „Sichere Schulwege“, Überplanung „Schillercafé und Umfeld“ sowie „Bahnhof Hofheim“ signalisiert sie Zustimmung ihrer Fraktion. Des Weiteren befürwortet sie den Antrag „Feldschutz“ und plädiert dafür, illegale Abfallentsorgung hart zu bestrafen. In Bezug auf den Antrag „Sanierung L 3110 Hüttenfeld“ sieht sie derzeit mit Blick auf die Haushaltslage keinen akuten Handlungsbedarf und berichtet, dass die FDP im Kreistag diesbezüglich einen Antrag einbringen wird.

Anschließend begründet sie den FDP-Antrag zur Finanzierung „Bahnhofsumfeld, Zehntscheune, Schillerplatz“ und spricht sich dafür aus, die für das Bahnhofsumfeld angesetzten Finanzmittel von 600 T€ der Haushaltslage anzupassen und zu reduzieren,

zumal das Bahnhofsgebäude nicht im Eigentum der Stadt Lampertheim steht. Für die Zehntscheue sieht sie dringenden Handlungsbedarf und kritisiert, dass die im Haushalt 2021 vorgesehenen Baumaßnahmen nicht umgesetzt wurden. Kritisch sieht sie auch, dass beim Schillerplatz als Teil des ISEK noch keine Maßnahmen erfolgt sind. In diesem Zusammenhang wirbt sie auch für Einrichtung eines Projektteams (→ TOP 13) und sieht darin einen „Steigbügel“ für die Verwaltung. Letztendlich befürwortet sie die Personalkostendeckelung. Gleichwohl appelliert sie auf eine Konzentration der Kernthemen und gesetzlichen Aufträge. Dabei wünscht sie sich ein verbessertes Controlling und korrekte Zuordnung der internen Kosten sowie eine genauere Kostendarstellung bei den freiwilligen Aufgaben.

Danach meldet sich **Stadtv. Klingler** nochmals zu Wort und zieht den Antrag zum Ausbau der Ladeinfrastruktur zurück (→ TOP 12.1.2). Darüber hinaus modifiziert er den Antrag zum Einbau von elektrisch versenkbaren Pollern in der Sedanstraße (→ TOP 12.1.3)

Letztendlich meldet sich **Stadtv. Rinkel** nochmals zum Thema „Erhöhung der Kreisumlage“ zu Wort und berichtet, dass nach Mitteilung des Finanzdezernenten Karsten Krug die Genehmigung des Kreishaushaltes ohne eine Erhöhung der Kreisumlage nicht genehmigungsfähig sei. Der Kreis benötige die Rücklagen zur Liquiditätssicherung.

Im Anschluss daran erfolgt die Abstimmung über die Anträge.

Nach einer Sitzungsunterbrechung in der Zeit von 19:50 – 19:55 Uhr, teilt der Leiter des Fachbereiches Finanzen **Herr Ruh** mit, dass sich nach einer Neuberechnung des Haushaltsplanes 2022 das ordentliche Ergebnis auf 496.959 € beläuft und damit der Haushaltsausgleich erzielt ist. Der Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit ist mit 3.758.307 € erfüllt. Die Summe für Investitionstätigkeit beläuft sich auf 8.033.871 €. Damit ändert sich in § 2 der Haushaltssatzung die Festsetzung der Kreditaufnahme auf 8.033.871 €. Demnach sind die Genehmigungsvoraussetzungen auch mit diesen Änderungen gegeben.

Bürgermeister Störmer dankt daraufhin für den guten Verlauf der HH-Planberatung und hofft, dass die Aufgaben entsprechend umgesetzt werden können.

12.4 des Investitionsprogramms 2021 - 2025

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt das Investitionsprogramm für die Jahre 2021-2025.

Beratungsergebnis: Einstimmig

Die Abstimmung zu diesem TOP erfolgt ohne Aussprache.
Die Stellungnahmen der Fraktionen sind unter TOP 12.3 festgehalten.

12.5 Unterrichtung über die Ergebnis- und Finanzplanung für den Planungszeitraum 2021 - 2025

Zu diesem TOP erfolgt keine Aussprache.

13. Gemeinsamer Antrag aller in der STVV vertretenen Fraktionen: Neuausrichtung Arbeitskreise & Beiräte

Beschluss:

- 1. Die folgenden Arbeitskreise und Beiräte werden ersatzlos gestrichen:**
 - a) Stadtmarketingbeirat**
 - b) Portfoliobeirat**
- 2. Die folgenden Arbeitskreise und Beiräte werden zeitlich befristet weitergeführt:**
 - a) Arbeitskreis Forsteinrichtung (Definition Zielvereinbarung)**
 - b) Arbeitskreis Friedhof (31.12.2022)**
- 3. Die folgenden Arbeitskreise und Beiräte werden in die entsprechenden Ausschüsse integriert:**
 - a) Arbeitskreis Bauhof (Stadtentwicklungs- und Bauausschuss)**
 - b) Arbeitskreis Energie- und Nachhaltigkeit (Umwelt-, Mobilitäts- und Energieausschuss)**
 - c) Arbeitskreis Mobilität und Verkehr (Umwelt-, Mobilitäts- und Energieausschuss)**
- 4. Alle weiteren aktuell vorhandenen Arbeitskreise und Beiräte bleiben unverändert bestehen.**
- 5. Um die Abläufe zwischen Verwaltung und Politik grundsätzlich besser zu organisieren, die Zusammenarbeit zu intensivieren und das verwaltungsinterne Projektmanagement von Seiten der Politik zu unterstützen, soll künftig ein „Projektteam Lampertheim“ eingerichtet werden.**
 - a) die Einbringung der zu bearbeitenden Themen oder Projekte erfolgt grundsätzlich über den Stadtverordnetenvorsteher.**
 - b) Innerhalb des Projektteams sind für die Stadt Lampertheim wichtige Projekte und Konzepte zwischen Politik und Verwaltung vorzubereiten. Hierbei sind insbesondere das Projektmanagement, die Projektkommunikation, Beteiligungsformate, Maßnahmenkataloge sowie Zeitpläne und Prioritäten abzustimmen.**
 - c) Jede Fraktion kann bis zu zwei Vertreter*innen für das Projektteam themenbezogen benennen. Die jeweilige Besetzung von Seiten der Stadtverwaltung kann je nach Thema ebenfalls individuell gewählt werden.**
 - d) Über die Arbeit des Projektteams und über die behandelten Themen ist in den entsprechenden Fachausschüssen bedarfsgerecht öffentlich zu informieren.**

Beratungsergebnis: Einstimmig

Der Wortlaut des Antrages ging mit der Einladung zu.
Die Beschlussfassung erfolgt ohne Aussprache.

Lampertheim, den 03.01.2022-Gr.

Die Vorsitzende:

Franz Korb
Stadtverordnetenvorsteher

Die Schriftführerin:

Beate Gross

Mulaje 1

Der Magistrat der Stadt | Postfach 1120 | 68601 Lampertheim

An die Mitglieder
der STVV und des Magistrates

Erster Stadtrat

Ansprechpartner: Marius Schmidt
Stadthaus, Zimmer E08
Römerstraße 102
68623 Lampertheim
Telefon 06206 / 935 265
Fax 06206 / 935 234
Marius.schmidt@lampertheim.de

10.12.2021

Ihre Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

Unser Zeichen:

msc

Mitteilungen des Ersten Stadtrates

Sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund der umfangreichen Tagesordnung der heutigen Stadtverordnetenversammlung und der interfraktionellen Vereinbarung, auf die sonst üblichen Haushaltsreden zu verzichten, erhalten Sie heute „meine“ Mitteilungen per Mail.

Sie finden beigelegt einmal das angekündigte „Handbuch Bürgerbeteiligung“ als Übersicht zu Methoden, die wir in Bezug auf die Beteiligung von Bürger*Innen als Verwaltung sowie mit Partner*Innen anbieten können.

Auf Ihrem Tisch finden Sie zudem die erste Ausgabe unserer Broschüre zum Thema „Teilhabe“ mit dem Titel „Lampertheim (mit-)erleben.“ Sie finden darin alle relevanten Projekte zu Kultur, Inklusion, Integration, sozialem Miteinander oder auch Bürgerbeteiligung. Viel Spaß bei der Lektüre.

Ferner darf ich Ihnen mitteilen, dass wir mit Beginn des 6.12. eine Covid-Teststrategie in unseren KITAs und Krippen, gleichwelcher Trägerschaft, auf freiwilliger Basis zunächst für die Monate Dezember und Januar umsetzen. Montags und mittwochs werden im Morgenkreis die Kinder mit Lollischnelltests -der Abstrich wird dabei im Mundraum genommen- getestet. Die Teilnahme ist rein freiwillig und erfolgt ggf. unter Inanspruchnahme von Hilfe seitens der Erzieher*Innen und der Eltern.

Die Maßnahme kostet uns für die zwei Monate knapp über 60.000 Euro, wenngleich die Hälfte hiervon über einen Landeszuschuss bezahlt werden kann.

Im Ausblick auf das kommende Jahr hofft das gesamte Team des Fachbereichs „frühkindliche Bildung“, dass uns die Coronapandemie geringfügiger fordert und wir uns den wichtigen und

Stadt Lampertheim
Römerstraße 102
68623 Lampertheim

Öffnungszeiten
Mo – Fr 07.30 – 12.00 Uhr
Mo + Di 14.00 – 16.00 Uhr
Do 14.00 – 17.30 Uhr
oder nach Vereinbarung

 www.lampertheim.de

Bankverbindungen
Sparkasse Worms-Alzey-Ried
IBAN DE87 5535 0010 0003 1011 10
BIC MALADE51WOR
Volksbank Darmstadt-Südhessen eG
IBAN DE05 5089 0000 0014 3047 03
BIC GENODEF1VBD

Commerzbank AG
IBAN DE67 6708 0050 0729 6010 00
BIC DRESDEFF670
Raiffeisenbank Ried eG
IBAN DE33 5096 1206 0000 6032 36
BIC GENODE51RBU

Postbank Frankfurt
IBAN DE74 5001 0060 0013 1536 01
BIC PBNKDEFFXXX


Metropolregion
Rhein-Neckar

mittelfristig ausgerichteten Projekten wie der „Strategie gegen den Fachkräftemangel“, dem weiteren Ausbau des Qualitätsmanagements oder der Betrachtung und Bewertung der

Möglichkeiten einer zukünftigen Organisationsform des FB 50-frühkindliche Bildung sowie dem Umweltbildungsnetzwerk in verstärkter Form und wie geplant widmen können.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr und danke für die gute Zusammenarbeit im Jahre 2021.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Marius Schmidt
Erster Stadtrat

Modelle, Instrumente und Methoden zur
Bürgerbeteiligung in Lampertheim:

*„Interesse wecken
und zur Mitwirkung
einladen!“*

Stand Dezember 2021

Herausgeber:

Fachbereich Bildung, Kultur und Ehrenamt



Einleitung:

Auf der Grundlage des einstimmigen StVV-Beschlusses vom 10.12.2010 erarbeitete der FB 40 eine Konzeption zur Bürgerkommune. In diesem Zusammenhang wurden bisher in Lampertheim schon einige Grundsteine gelegt:

Über die Agendagruppen „Naturschutz, Landwirtschaft und Ressourcen“ sowie „Aktive Bürgerbeteiligung“ bringen sich Bürgerinnen und Bürger mit ihren Ideen und Vorschlägen ein.

Der Seniorenbeirat, der Behindertenbeirat, der Jugendbeirat, der Fahrgastbeirat und die Integrationskommission ermöglichen die Inklusion spezifischer Zielgruppen in den Bürgerbeteiligungsprozess.

Die erste Bürgerbefragung fand 2015 statt und fragte den Status quo, die Zufriedenheit der Bürgerschaft und Handlungsfelder für die Bürgerkommune ab.

In enger Abstimmung mit der Firma wer-denkt-was wurde darüber hinaus für die Bürgerinnen und Bürger eine Möglichkeit geschaffen, sich online durch die Plattform „LampertheimDirekt“ (ehemals „Sag´s doch mol!“) zu beteiligen, wie z.B. dort ihre Fragen und Ideen für Lampertheim einzureichen. Über den Mängelmelder können Schäden im öffentlichen Raum per App oder Onlineplattform direkt an die zuständige Stelle gemeldet werden.

Die Ehrenamtsbörse wurde von der Bürgerschaft selbst ins Leben gerufen, um das starke Bedürfnis nach ehrenamtlichem Engagement zu kanalisieren.

Grundsätzlich entwickeln sich Kommunen zu Bürgerkommunen, indem sie Würdigung, Wertschätzung und Weiterbildung in einer Kultur des Ermöglichens als Grundlage der Gemeinschaft von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft anerkennen, schätzen und leben.

Ziel der Bürgerkommune ist es somit, die Bürgerinnen und Bürger mehr am Gemeinwesen und an kommunalen Entscheidungen teilhaben und teilnehmen zu lassen. Gleichzeitig erhalten die politisch Verantwortlichen eine erweiterte Entscheidungsgrundlage.

Das Zusammenwirken von Bürgerschaft, Verwaltung und Politik kann auf sehr unterschiedliche Art und Weise erfolgen. Ziel ist dabei immer das bürgerschaftliche Engagement, die Teilhabe und Teilnahme der Bürgerschaft zu stärken. Hier setzt auch der Gedanke an, ehrenamtliches Engagement gemeinsam mit der Stadtverwaltung, der Politik und das ehrenamtliche Handeln der Bürgerinnen und Bürger zu kombinieren.

Das vorliegende Handbuch ist der Versuch, die verschiedenen Modelle, Instrumente und Methoden zur Bürgerbeteiligung zusammenzutragen und kurz vorzustellen, damit von diesen zukünftig verstärkt Gebrauch gemacht wird.

Lampertheim, den 13.09.2021 – Ihr Team vom Fachbereich 40

Digitale Bürgerbeteiligung:

Beteiligungs-Wahl-o-Mat:

Hierbei handelt es sich um eine Online-Umfrage der wer|denkt|was GmbH, bei der man am Ende ein passendes Beteiligungsverfahren vorgeschlagen bekommt.

<https://umfragen.werdenktwas.de/index.php/382276?lang=de>

Mängelmelder:

Die Anliegenmanagement-Lösung der wer|denkt|was GmbH, der Mängelmelder, bietet Bürgerinnen und Bürgern einen komfortablen Weg zur Meldung von Schäden und Defekten im Stadtgebiet sowie zur Weitergabe von Lob, Anregungen und Ideen an die Verwaltung. Neben der Ortsposition des Anliegens können Bürgerinnen und Bürger ihre Meldung mit einem Foto versehen, sodass eine erste Einschätzung des Anliegens ohne Prüfung vor Ort durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunalverwaltung möglich wird. Zentrales Element des Mängelmelders ist die Anliegenkarte der Kommune. Diese bietet den Einstieg für Bürgerinnen und Bürger in die Anwendung, da auf ihr alle öffentlichen Anliegen mit einem Marker dargestellt sind. Der Bearbeitungsstand eines Anliegens wird in den drei Ampelfarben gekennzeichnet und mit eindeutigen Symbolen wird deutlich gemacht, um welche Art von Anliegen es sich handelt.

Ad-hoc-Umfragen

Zur kurzfristigen Befragung von Bürgerinnen und Bürgern können bei Bedarf zeitnah Onlineumfragen durch die wer|denkt|was GmbH auf der Plattform eingerichtet werden. Sie verfolgen das Ziel, zeitnah und effizient aktuelle Trends, d. h. Meinungs- und Stimmungsbilder der Bürgerschaft zu aktuellen kommunal und regional-politischen Themen im Bereich der lokalpolitischen Agenda rasch sichtbar zu machen. Es wird eine Fragebogenlänge von maximal 10 Fragen empfohlen.

Bürgerpanel

Um langfristig vergleichbare Informationen zur Zufriedenheit der Bürgerschaft und Eindrücke über die Bedürfnisse, Erwartungen und Wünsche auf Seiten der Bürgerschaft zu gewinnen, bietet sich die Einrichtung eines Bürgerpanels an. Dieses umfasst eine möglichst repräsentative Stichprobe der Bevölkerung, auf deren Basis wiederholt Befragungen an denselben Personen bzw. Haushalten durchgeführt werden können. Aus diesem „Teilnehmer*Innenpool“ von Bürgerinnen und Bürgern, die zugestimmt haben, regelmäßig befragt zu werden, können unterschiedlich repräsentative Bevölkerungsstichproben zu variierenden Zeitpunkten gezogen und für Bürgerbefragungen genutzt werden – je nach Anforderung, Art, Thema und Umfang der gewünschten Umfrage.

Auf diese Weise lassen sich durch ein Bürgerpanel Längsschnittdaten, d. h. zeitabhängiges Datenmaterial generieren, welches es ermöglicht, Informationen über die konkrete Lebenssituation der Bürgerinnen und Bürger, die Bevölkerungsstruktur, die Haushaltszusammensetzung, die städtische bzw. kommunal-politische Entwicklung sowie die Wahrnehmung von Stadt, Politik und Verwaltung aus Bürgerperspektive im Zeitverlauf zu gewinnen.

Fragen & Antworten

Im Rahmen des Moduls Fragen und Antworten können Bürgerinnen und Bürger ihre Fragen an Politik und Verwaltung stellen. Per Formular geben Bürgerinnen und Bürger ihre Fragen auf der Onlineplattform ein. Diese werden zunächst nicht öffentlich abgebildet, sondern intern gesammelt und durch eine Mitarbeiterin bzw. einen Mitarbeiter der Kommune an die Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung weitergegeben. Die jeweiligen Fragen und entsprechenden Antworten werden dann (auch zeitversetzt möglich) öffentlich sichtbar auf der Plattform abgebildet. Auch wird eine Zusammenfassung der bisherigen Fragen und Antworten auf einer Informationsseite eingestellt und regelmäßig (mindestens einmal im Quartal) aktualisiert, um die Übersichtlichkeit zu gewährleisten.

Crowdmapping: Beteiligung+

Insbesondere für Verfahren, die eine Um- oder Neugestaltung einer räumlichen Fläche vorsehen, integrierte Stadtentwicklungskonzepte, Verkehrsentwicklungs- oder Lärmaktionspläne bietet es sich an, georeferenzierte Bürgerbeteiligung auf einer interaktiven Karte durchzuführen. Dazu werden zunächst die vorhandenen Kartendaten eingelesen und weitere Daten wie Lärm- oder Verkehrskartierungen – sofern vorhanden – auf zuschaltbaren Ebenen abgebildet. Während eines definierten Beteiligungszeitraums können Bürgerinnen und Bürger mit Klick auf die Karte einen Ort markieren und dort eine ortsbezogene Idee eingeben. Alle eingegebenen Beiträge werden nach einer Prüfung auf der Karte veröffentlicht und geben so auch visuell einen Überblick zu den bisherigen Anregungen. Ergänzend kann je nach Zielstellung auch ein textbasiertes Diskussionsforum sinnvoll sein. Darin können generelle – nicht lokal verortete – Ideen und Vorschläge (beispielsweise zu Raumqualitäten oder allgemeine räumliche Nutzungsfunktionen) der Bürgerinnen und Bürger gesammelt werden.

Dialog Digital

Bei der Online-Bürgerbeteiligung Dialog Digital stehen die Ideen und Vorschläge aller Teilnehmenden im Vordergrund. Das Grundkonzept der Onlinebeteiligung folgt den Verfahrensschritten Information – Konsultation – Evaluation.

Information

Um eine faire Bürgerbeteiligung zu ermöglichen, ist es zwingend notwendig, die Verfahrensschritte und -regeln in verständlicher Form darzustellen. Dazu gehören insbesondere die Erläuterung der geplanten weiteren Verarbeitung von Bürgerideen. Darüber hinaus empfiehlt es sich, die Vorschläge nach Themenbereichen zu sortieren, um die Übersichtlichkeit zu gewährleisten sowie ein Archiv für Vorschläge einzurichten, die bereits Eingang in die Kommunalpolitik gefunden haben.

Konsultation

Eine kontinuierliche Beteiligung ermöglicht es Bürgerinnen und Bürgern, zu jeder Zeit ihre Ideen und Kommentare zu den bereits vorliegenden Vorschlägen einzureichen. Eine themenspezifische Beteiligung ist hingegen in der Regel zeitlich befristet. Es findet eine vorgelagerte Moderation statt, die rassistische, extremistische und diffamierende Inhalte entfernt. Die eingereichten Vorschläge können von anderen

Nutzerinnen und Nutzern kommentiert werden. Bei Bedarf ist auch eine Priorisierung durch Abstimmungsfunktionen möglich – so entsteht ein Stimmungsbild, welches die Relevanz der Ideen und Anliegen besser abbildet.

Außerdem können eigene Vorhaben der Politik vorgestellt und durch Bürgerinnen und Bürger diskutiert werden. Dabei wäre zu entscheiden, ob eine Vermischung von Bürgervorschlägen und politischen Vorhaben gewünscht ist, oder diese in zwei voneinander getrennten Bereichen der Plattform diskutiert werden sollen.

Es empfiehlt sich, die Ideen bei kontinuierlichen Verfahren regelmäßig auszuwerten und beispielsweise halbjährlich oder vierteljährlich aufzubereiten und der Kommunalpolitik vorzulegen. Zeitlich befristete Verfahren werden zum Ende der Konsultationsphase ausgewertet und aufbereitet. So wird auch für die Bürgerinnen und Bürger deutlich, was mit den eingegangenen Vorschlägen passiert. Das detaillierte Verfahren wird im engen Austausch mit der Kommune erarbeitet.

Evaluation

Neben den statistischen Auswertungen der Beteiligung erstellt die wer|denkt|was GmbH bei Bedarf in Zusammenarbeit mit der Kommune je nach Turnus viertel- oder halbjährlich einen Bericht zu den eingegangenen Vorschlägen und Kommentaren. Zum internen Gebrauch schließen sich eine Evaluation und Beratungen in Hinblick auf Optimierungsmöglichkeiten des Verfahrens an. Ergänzend sind auch Umfragen oder Workshops mit Bürgerinnen und Bürgern möglich, um die Zufriedenheit zu erfragen und Verbesserungsvorschläge abzuleiten.

Potentieller Partner:

Die digitalen Beteiligungsangebote werden durch die Firma wer|denkt|was ausgearbeitet und umgesetzt. Eine Kontaktaufnahme kann über Frau Silke Reis (FB 40) erfolgen.

Kosten:

Individuell auf Anfrage ermittelbar

Bürgerbeteiligung in Präsenz:

World-Café:

Die Methode World Café eignet sich für Fragen, die vielen wichtig erscheinen und die aus verschiedenen Perspektiven erörtert werden können. Mehrere Tische sind für vier bis acht Personen einladend gestaltet und mit Papier und Stift en zum Notieren von Ideen und Kommentaren ausgestattet. An den Tischen finden getrennte Diskussionsrunden zu unterschiedlichen oder gleichen Themen statt. Wichtige Diskussionspunkte und Ergebnisse werden für alle sichtbar notiert. Nach 20 bis 30 Minuten wechseln alle TeilnehmerInnen die Tische. Nur eine Person bleibt als »Tischgastgeber*In« zurück, begrüßt die neu Hinzukommenden und führt kurz in das bisherige Gespräch ein. Zum Schluss berichten die Tischgastgeber*Innen allen von den Kerninhalten der Diskussion. Eine »World-Café-Etiquette« mit Gesprächsregeln stärkt den Dialog und die Eigenverantwortung.

VORTEILE

Technisch einfach umzusetzen, eignet sich für große Gruppen (von 16 bis ~ 80), für viele Prozessphasen und für viele Themen. Gut mit einem Input kombinierbar. Immer wieder neue Gesprächskonstellationen regen zum Austausch an, dialoghaft und aktivierend. Fußt auf Selbstverantwortung und stärkt sie zugleich.

NACHTEILE

Wenige, aber: Nicht alle bekommen alles mit. Eine gute Zusammenfassung der Ergebnisse hängt stark von den Tischgastgeber*Innen ab. Eignet sich nicht, um am Schluss eine Entscheidung zu treffen.

WISSENSWERTES

Wichtig: Die Fragestellung muss offen sein und zum Nachdenken und Diskutieren anregen. World Cafés werden meist als ein methodischer Baustein in Veranstaltungen integriert.

VARIATIONEN

Wahlweise variieren die Fragen und Themen an den Tischen. Oder es geht an allen Tischen um dasselbe Thema, aber von Runde zu Runde ändert sich die Fragestellung. Die TeilnehmerInnen können von Runde zu Runde als Gruppe zusammenbleiben oder individuell die Tische wechseln und sich so neu mischen.

Potentieller Partner:

Ergebnisdialog (Harald Hofmann) / ViS!ON (Ludwig Weitz)

Kontakt über Silke Reis (FB 40) möglich.

Kosten:

Individuell auf Anfrage ermittelbar

Bürger*Innenrat

Ein BürgerInnen-Rat ist ein zufällig ausgewähltes Gremium, das zeitlich befristet zusammenkommt und für eine Fragestellung, die z.B. der Gemeinde wichtig ist, ein gemeinsames Ergebnis erarbeitet. Dafür werden etwa 1,5 Tage eingeplant und es kommt die Moderationsmethode »Dynamic Facilitation« zum Einsatz. Die Methode kommt dem oft sprunghaft en, assoziativen Denken der meisten Menschen entgegen und befähigt die Gruppe, eine gemeinsame Sicht auf das Problem zu entwickeln. Der BürgerInnen-Rat setzt sich aus 12 bis 15 per Zufallsauswahl eingeladenen Personen zusammen und arbeitet nicht-öffentlich. Kurze Zeit später präsentiert er seine Ergebnisse im Rahmen eines BürgerInnen-Cafés (Methode: World Café) der Öffentlichkeit. Dann können alle mitdiskutieren. Das Ergebnis aus beiden Veranstaltungen stellt die Empfehlung für den Auftraggeber dar.

VORTEILE

Die Zufallsauswahl führt Menschen zu Beteiligung, die sich zuvor nicht eingebracht hätten. Neue Sichtweisen werden integriert. Die zeitliche Begrenzung passt zum gesellschaftlichen Trend befristeten Engagements. Die Moderationsmethode setzt stark auf Zuhören, sie stärkt gegenseitiges Verstehen und erleichtert den Konsens. Dadurch eignet sie sich besonders für konflikthafte Themen.

NACHTEILE

Der BürgerInnen-Rat ist eine temporär eingerichtete Gruppe: dauerhaftes Engagement und Mitwirkung an der Umsetzung sind keine Bedingungen. Die Zufallsauswahl schließt diejenigen aus, die bisher schon aktiv waren.

WISSENSWERTES

Der Bürger*Innenrat hat Ähnlichkeiten mit der Planungszelle/dem Bürgergutachten.

Potentieller Partner:

Ergebnisdialog (Harald Hofmann) / ViS!ON (Ludwig Weitz)

Kontakt über Silke Reis (FB 40) möglich.

Kosten:

Individuell auf Anfrage ermittelbar

Befragung

Über eine Befragung können systematisch und unter vielen Menschen Wissenslücken zu Meinungen, Präferenzen und zum Verhalten geschlossen werden. Eine Befragung erfolgt schriftlich (Papier oder Internet) oder mündlich (Interview). Die Form der Befragung und die Fragen selbst richten sich nach dem Thema, der Absicht, die mit der Befragung verbunden ist und der Zielgruppe. Der Zeitbedarf von der Planung bis zur Auswertung umfasst mindestens sechs Wochen.

VORTEILE

Eine Befragung liefert einen systematischen Überblick über Größen und Anteile und ist damit eine gute Basis für stichhaltige Argumente. Sie bietet allen Befragten eine faire Chance, sich – in der Regel anonym – zu äußern. Auch jenen, die nicht an einer Veranstaltung teilnehmen können. Im Internet sind viele Beispiele zu finden.

NACHTEILE

Da wegen des Datenschutzes Anonymität gewährleistet sein muss, ist keine Rückfrage möglich. Kenntnisse zur Fragenformulierung und zur Auswertung sind wichtig.

WISSENSWERTES

Variationen: Befragung als Dorfspaziergang oder als «Küchentischgespräch», Datenerhebung durch »Fotosafari« ergänzen, Umfrage als Punktabfrage in einer öffentlichen Veranstaltung, Präsentation als Plakatausstellung an einem öffentlichen Ort.

HILFESTELLUNG

Durch Hochschulen und Büros. Je mehr Sie selbst übernehmen, desto günstiger wird es. Wenn Sie eine Hochschule für ein Studienprojekt gewinnen können, dann ersetzen Sie das Honorar durch die Zeit, die Sie für eine gute Betreuung aufwenden müssen.

Potentieller Partner:

Ergebnisdialog (Harald Hofmann) / ViS!ON (Ludwig Weitz)

Kontakt über Silke Reis (FB 40) möglich.

Kosten:

Individuell auf Anfrage ermittelbar

Zukunftswerkstatt

Das Kennzeichen von Zukunftswerkstätten ist die Unterscheidung der drei Phasen Kritik-, Utopie- und Realisierungsphase. Man beschäftigt sich wenig mit der Vergangenheit und sehr viel mehr mit der Frage, wie eine gute Zukunft gestaltet werden kann. Der dreistufige Ablauf hilft, das gemeinsame Problem zu verstehen, sich kreativ auf Leitbilder zu verständigen und für diese geeignete und realistische Maßnahmen zu entwickeln. Eine Zukunftswerkstatt dauert mindestens einen Tag, manchmal auch bis zu drei Tage und eignet sich für 15 bis 50 Teilnehmende.

VORTEILE

Die Methode wird oft in Kommunen und Organisationen angewendet. Sie verbindet Zukunftsorientierung mit Pragmatismus und ihr Ablauf wird in der Regel als produktiv empfunden. Professionelle Moderation ist hilfreich.

NACHTEILE

Die Methode der Zukunftswerkstatt setzt darauf, dass die Teilnehmenden eigenständig arbeiten und sich auf diese Weise selbst Kompetenz aneignen. Sollte es notwendig sein, Vorträge von Fachleuten in den Ablauf zu integrieren, kann das bei der Methode ein Nachteil sein. Vorträge unterbrechen den Arbeitsfluss und schmälern die Chance, dass die Teilnehmenden durch die eigenständige Erarbeitung von Inhalten beginnen, Verantwortung zu übernehmen. Da die Methode der Erarbeitung konkreter Lösungsideen dient, muss es eine grundsätzliche Möglichkeit/Bereitschaft zur Umsetzung geben.

WISSENSWERTES

Vielfältig: Eine Zukunftswerkstatt kann zu vielen Themen (z.B. Schulentwicklung, Zukunft des ÖPNV am Ort) oder zu Räumen (Stadtteil, Gemeinde, Region) durchgeführt werden.

Potentieller Partner:

Ergebnisdialog (Harald Hofmann) / ViS!ON (Ludwig Weitz)

Kontakt über Silke Reis (FB 40) möglich.

Kosten:

Individuell auf Anfrage ermittelbar

FDP Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Lampertheim

Datum, 8.12.2021

Sehr geehrter Herr Korb,
sehr geehrte Damen und Herren,

Sachdarstellung:

Um den öffentlichen Nahverkehr in Zeiten der Covid 19-Pandemie zu Stoßzeiten und insbesondere dann, wenn viele Schülerinnen und Schüler unterwegs sind, zu entlasten wurden auf Initiative der Ortsbeiräte zusätzliche Verstärkerbusse von der VTL/Stadt Lampertheim eingerichtet. Das Verkehrsministerium Hessen stellt zusätzliche Mittel für die Beauftragung von Verstärkerbusse und Kontrollen der Maskenpflicht bereit. Insgesamt ist der Fördertopf mit 10,8 Millionen Euro gefüllt, wovon rund 350.000 Euro an den Verkehrsverbund Rhein-Neckar (Verkehre in Hessen) ausgezahlt werden/wurden. Der Verkehrsverbund gibt die Mittel an die regionalen und lokalen Verkehrsorganisationen weiter. Die Verteilung orientiert sich an bestehenden Verteilungsschlüsseln.

Die FDP Fraktion bittet daher den Magistrat um Beantwortung folgender Frage:

1. Wurden diese Mittel für die zusätzlichen Verstärkerbusse in Hofheim und Neuschloß abgerufen bzw. beantragt? Wenn ja wann.
2. Gibt es Zuschüsse vom Kreis Bergstraße für diese Verkehre?
3. Mit welchen zusätzlichen Kosten rechnet die VTL für das Jahr 2022?
4. Werden externe Kontrollen der Maskenpflicht in den Schulbussen durchgeführt?
5. Ist sichergestellt, dass diese zusätzlichen Verkehre flexibel an das aktuelle Infektionsgeschehen angepasst und auch wieder eingestellt werden können (Vertragslaufzeit)?

Mit freundlichem Gruß



Thomas Bittner
FDP Fraktion

**CDU-Fraktion**Hohe Wart 18
68623 LampertheimBjörn Hedderich
0176 435 440 96
mail@bjoern-hedderich.de

Lampertheim, 09.12.2021

Anfrage: StraßenschädenSehr geehrter Stadtverordnetenvorsteher,
Liebe Stadtverwaltung,

Straßenschäden, wie Schlaglöcher und Absenkungen sind inzwischen zum normalen Anblick in Lampertheim geworden. Viele dieser Schäden werden u.a. auch von Bürgern an die Stadt herangetragen. Regelmäßig sind Maßnahmen im Stadtbild zu sehen.

Daher bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie erfolgt die Abarbeitung der bekannten Straßenschäden?
2. Wer führt die Maßnahmen zur Beseitigung der Straßenschäden, wie Schlaglöcher, Absenkungen, Rissen, etc. durch?
3. Welche Summe muss die Stadt Lampertheim für solche Maßnahmen jährlich aufwenden?
4. Anhand welcher Kriterien erfolgt die Auftragsvergabe? (z.B. Rahmenverträge, Vergleichsangebote/wirtschaftlich günstigstes Angebot, etc.)
5. Wie und in welchem Umfang findet eine Nachverfolgung und Kontrolle/Dokumentation der Bautätigkeiten durch die Stadtverwaltung statt?
6. Wie lange dauern solche Maßnahmen, je nach Art, in der Regel?
7. Anhand welcher Kriterien erfolgt die Abrechnung dieser Bautätigkeiten? Wie werden die Kosten der Baustelleneinrichtung (Absperrungen, usw.) abgerechnet (z.B. Tagessätze/Dauer, Pauschale)?
8. Wie können diese Maßnahmen beschleunigt werden?

Danke für Ihre Bemühungen zur rechtzeitigen Beantwortung bis spätestens zur nächsten Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses (SEBA).

Beste Grüße

Björn Hedderich

**CDU-Fraktion**Hohe Wart 18
68623 LampertheimBjörn Hedderich
0176 435 440 96
mail@bjoern-hedderich.de

Lampertheim, 09.12.2021

Anfrage: StraßenbeleuchtungSehr geehrter Stadtverordnetenvorsteher,
Liebe Stadtverwaltung,

die Straßenbeleuchtung ist unscheinbar, doch ist sie von besonderer Bedeutung. Die Zukunft hält jedoch noch viele weitere Chancen bereit.

Daher bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Bis wann läuft der bestehende Konzessionsvertrag mit der Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH (SRM)?
2. Welche Leistungen deckt der bestehende Konzessionsvertrag ab?
3. Wann muss die nächste Ausschreibung für die Vergabe erfolgen?
4. Wie hoch ist die tatsächliche Energieeinsparung durch den Austausch der Leuchtmittel und welche Kosten fielen insgesamt für den Austausch an?
5. Zu welchen Erkenntnissen kam die Technische Universität Darmstadt mit ihren Langzeitmessungen (Beleuchtungsstärke, Effizient, Verbrauch, Wartung, usw.)?
6. Welche Leuchtmittel sind konkret im Einsatz?
7. Welche Farbtemperaturen weisen die jeweiligen Leuchtmittel auf, insb. die im Einsatz befindlichen LED-Leuchtmittel?
8. Besteht grundsätzlich die Möglichkeit zur Dimmung und/oder adaptiven Dimmung der Straßenbeleuchtung?
9. Werden bereits Straßenbeleuchtungen gedimmt/adaptiv gedimmt?
 - a. Wenn ja, zu welchen Zeiten und in welchen Bereichen?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
10. Aufgrund welchen Gründen werden welche Leuchtmittel/Techniken eingesetzt?
11. Bestehen bereits intelligente bzw. smarte Techniken?
12. Ist geplant intelligente/smart Techniken bei der Straßenbeleuchtung bzw. in Verbindung mit den Masten zu nutzen?
13. Wenn solche Technologien (Dimmung/adaptive Dimmung, smarte/intelligente Technologien) von den Vertragsmodalitäten nicht abgedeckt sind: Inwieweit ist dies durch anderweitige Vergabe oder Nachverhandlungen möglich?

Danke für Ihre Bemühungen zur rechtzeitigen Beantwortung bis spätestens zur nächsten Sitzung des Umwelt-, Mobilitäts- und Energie-Ausschusses (UMEA).

Beste Grüße

Björn Hedderich

Redebeitrag für Bündnis 90/Die Grünen – Mirja Mietzker-Becker**Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, liebe Anwesende.**

Nicht alle Eltern in unserer Stadt haben zurzeit die Möglichkeit nach der Geburt eines Kindes wieder zurück in den Beruf zu finden. Jenen ohne Platz droht der soziale Abstieg. Trotz des gesetzlichen Anspruchs fehlt es an realen Betreuungskapazitäten für die Jüngsten. Für die Kids ab dem ersten Lebensjahr.

Dies betrifft aktuell rund 600 Kinder und ihre Familien in Lampertheim. Für sie stehen laut unseres Bedarfsplans 210 Krippenplätze zur Verfügung. Es werden also nur knapp 35% der Betroffenen mit Krippenplätzen versorgt. (35,35% der 594 Kinder)

Es stehen zusätzlich 42 Tagespflegeplätze zur Verfügung. Unsere Ausbauquote steigt hierdurch auf insgesamt 43% der benötigten U3 Plätze, die von der Stadt Lampertheim bereitgestellt werden.

Exakt 43,67% geschaffener Ausbau mit 252 Plätzen in der U3 Betreuung bedeuten allerdings, dass weniger als die Hälfte der Familien mit einem Anspruch auch einen Betreuungsplatz erhalten.

Sicherlich beansprucht nicht jede Familie den ihr zustehenden Betreuungsplatz, was sehr wahrscheinlich auch ein Grund dafür ist, dass die Eltern in ganz Deutschland nicht regelmäßig protestierend vor den Rathäusern der Städte stehen.

Nichtsdestotrotz, fehlen akut viele Plätze für 1 und 2 Jährige Kinder, auch in Lampertheim.

Lampertheim bemüht sich, untätig sind wir ja nicht. Gefühlt wird ständig ein neues Gebäude geplant, gebaut oder umgebaut.

Nun hat uns der 1. Stadtrat nach dem beschlossenen Bau der neuen Kita in der Oberlache einen weiteren Krippen Neubau angekündigt, um dem sich stets verstärkenden Mangel an Plätzen entgegenzuwirken.

Wohl auch mit oder durch die Coronapandemie und ihre Maßnahmen, werden scheinbar noch mehr Kinder geboren, als man erwartet hatte.

Mit der Kita in der Oberlache mit je 2 Krippen- und Kitagruppen und dem Umbau des Horts ist es also noch lange nicht getan. Aber wie Sie alle wissen: eine Krippe oder Kita oder auch eine Kombination aus beidem zu bauen dauert eine Weile und ist eine teure Angelegenheit.

Krippenplätze sind der "Goldstandard" im Ausbau der Kinderbetreuung. Deswegen kosten sie auch richtig viel Geld!

Es gibt eine für die Stadt erheblich preisgünstigere Alternative. Diese Alternative wird uns vom Rechnungshof anempfohlen, schafft schnelle Abhilfe für akute Sorgen und ist qualitativ kein Nachteil für die betreuten Kinder und die sorgenvollen Eltern: Die Tagespflege.

U3 Plätze können, anerkannt und gleichwertig zum Angebot einer Krippe, auch von Tageseltern angeboten werden.

Dieser sanfte Einstieg in eine gemeinsame Erziehungs- und Bildungspartnerschaft mit einer außerfamiliären Institution wird von vielen Eltern zunehmend geschätzt.

Mit unserem Förderprogramm für Tageseltern in Lampertheim sollen die Hürden im Ausbau von U3-Plätzen überwindbar werden.

Derzeit ist die Raumnot eine große Hürde für den professionellen Berufseinstieg von ausgebildeten Tagespflegepersonen.

Redebeitrag für Bündnis 90/Die Grünen – Mirja Mietzker-Becker

Passende Räume anzumieten und zu Renovieren hält die Tageseltern davon ab ein Betreuungsangebot anzubieten oder ihr bestehendes Angebot zu erweitern. Sie schaffen es nicht ohne fremde Hilfe, die Plätze zu generieren, die wir doch so dringend benötigen.

Wir haben hier und jetzt die seltene Chance eine Win-Win-Situation herzustellen, die unserer Gemeinschaft nützt und unserer Verantwortung gegenüber den Bürgern und Familien dieser Stadt gerecht wird.

Wenn wir in den nächsten Jahren die Tageseltern tatkräftig finanziell unterstützen, dann helfen sie uns die Betreuungskapazitäten für die Jüngsten ab dem ersten Lebensjahr aufzubauen, die jetzt dringend nötig sind.

Die Idee, die mit diesem Antrag verbunden ist, ist, die **Gründung von Tagespflegestellen** zu fördern.

Beispielsweise durch einem monatlichen Mietzuschuss von 300 €, der mindestens 2 Jahre lang gewährt werden soll.

Damit können wir sowohl Mietern, als auch Vermietern eine finanzielle Sicherheit geben, die den gemeinsamen Einstieg in die Eröffnung einer Tagespflegestelle erleichtern soll. Um ein gleichbleibend, qualitativ hochwertiges Angebot sicher stellen zu können, sollen bestehende Tagespflegestellen einen jährlichen Qualitätsbonus von beispielsweise 750 € erhalten, der regelmäßige Renovierungen und den Ersatz von abgenutzter Infrastruktur der Tagespflegestelle unterstützen soll.

Mit dem Ziel 10 neue Tagespflege Angebote für je 5 Kinder zu generieren und alle aktuell vorhandenen Tagespflegen mit einem Qualitätsbonus auszustatten, bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, im kommenden Jahr 50.000 € im Haushalt bereit zu stellen und diesen Betrag jährlich anzupassen; mit meiner persönlichen Hoffnung, ihn nach oben anpassen zu dürfen, weil die Förderung gut angenommen wird.


10 neue Tagespflegestellen, die sich in Lampertheim ansiedeln, würden bis zu 50 Kindern bis zum 3. Lebensjahr einen Betreuungsplatz anbieten können und unser Volumen im Angebot der Tagespflege damit mehr als verdoppeln.

50 Betreuungsplätze, das entspricht in etwa dem Platzangebot eines 4 gruppigen Krippen-Neubaus.

Diese Zahl könnte uns als orientierendes Ziel für den ersten Schritt im Ausbau des Tagespflege Angebots in Lampertheim dienen.

50.000 € sind viel Geld. Es wird nicht leicht werden, sie im kommenden Jahr zusammen zu kratzen und ich bedanke mich für jeden persönlichen Einsatz an dieser Stelle.

Darüber hinaus möchte ich gern einen Appell an die Vermieter in Lampertheim richten und Sie, verehrte Anwesende, bitten diesen in Ihre Kreise weiterzutragen:

Bitte geben Sie den Tageseltern eine Chance auf dem Wohnungsmarkt.  Kleine Kinder sind eine Freude und die Betreuungsplätze werden wirklich dringend benötigt.

Bitte helfen Sie mit einem Mietangebot, gern auch in der Innenstadt, sofern es Ihnen möglich ist und unterstützen Sie den Berufseinstieg von neuen Tageseltern in unserer Stadt. Wir brauchen dringend und schnell mehr Betreuungsplätze für die 1 und 2 jährigen Kinder.

Ohne die Unterstützung aus der Privatwirtschaft wird es schwer bleiben.

Redebeitrag für Bündnis 90/Die Grünen – Mirja Mietzker-Becker

Einen zweiten Appell möchte ich an den Fachbereich richten.

Traditionell wird die Organisation der Tageseltern nicht im eigenen Haus abgewickelt, stattdessen werden die entsprechenden Netzwerke Dritter genutzt.

Das Angebot der Tagespflege sollte künftig eine größere Wahrnehmung bei den Eltern in unserer Stadt bekommen und als gleichwertige Alternative zum Krippenangebot etabliert werden.

Damit dies gelingen kann, scheint es sinnvoll zu sein, eine eigene - interne - Verwaltungsinfrastruktur aufzubauen, die die Vernetzung und die Koordination des Tagespflegeangebots in unserer Stadt stärker berücksichtigt, transparenter macht und dabei unkompliziert unterstützt und fördert.

Nach Förderungen von Bund und Land im Ausbau der Tagespflege möge daher künftig verstärkt gesucht werden, damit der Ausbau und die Gründung von nachhaltigen Tagespflegestellen gesichert finanziert werden kann.

Tageseltern sollten künftig auch die Chance bekommen können, ihre Vertreter in den Stadelternbeirat zu entsenden, um dort mit Krippen- und Kitaleitungen das Lampertheimer U3 Betreuungsangebot vollumfänglich vertreten zu können. Auch hier wünschen wir uns entsprechende Vorschläge bis zum April 2022.

Vielleicht schaffen wir es ja gemeinsam, den Bau der nächsten Krippe im Ort durch Betreuungskapazitäten in der Tagespflege zu kompensieren und einen weiteren Krippen-Neubau durch einen erfolgreichen U3 Ausbau in der Tagespflege noch ein wenig aufzusparen.

Vielleicht sogar so lange bis die Haushaltslage den Ausbau weiterer Betreuungskapazitäten im Krippenbereich der U3 Betreuung wieder verkraften kann, ohne gleichzeitig gierig auf die Grundsteuer B schielen zu müssen.

Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung zu diesem Antrag der Koalition von CDU und Bündnis 90/Die Grünen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren,

ich möchte gleich zum Einstieg bezüglich dem vorliegenden Haushaltsplan eine wichtige Aufgabe direkt in den Fokus stellen. Es muss uns zukünftig in Lampertheim gelingen die Inhalte dieses Haushaltsplans besser umzusetzen und den Haushaltsvollzug mit dem entsprechenden Nachdruck voranzubringen. Alle Beteiligten müssen hierzu auch einen entsprechenden Beitrag leisten. Die kommenden Jahre werden finanziell nicht einfacher und genau deshalb müssen wir mit den zur Verfügung stehenden Mitteln das Bestmögliche versuchen zu realisieren. Der Haushalt bietet viele Möglichkeiten.

Insgesamt ist es erfreulich, dass es, trotz der immer noch andauernden Corona-Pandemie, mit dem Entwurf gelungen ist die Voraussetzungen für eine Haushaltsgenehmigung zu erreichen. Das ordentliche Ergebnis weist einen Überschuss von knapp 600 T€ aus und im Finanzhaushalt gelingt es die erforderlichen Gelder für die Hessenkasse sowie Tilgungen und Zinsen bereitzustellen. Das alles ist gelungen ohne die Grundsteuer B für das Jahr 2022 erhöhen zu müssen. Weiterhin ist erfreulich, dass sich der Gewerbesteueranteil nach den Corona-Einbrüchen positiv entwickelt. Daher an dieser Stelle herzlichen Dank an unseren Bürgermeister als zuständigen Dezernenten, aber auch an den Fachbereich 20 sowie alle Fachbereiche die dazu beigetragen haben, dass wir heute die Möglichkeit haben über einen ausgeglichenen Haushalt abzustimmen – Vielen Dank!

Anträge CDU/Grüne

CDU/Grüne – Feldschutz: Der Fachbereich Sicherheit und Ordnung wurde in der Vergangenheit von der Grünen-Fraktion und der CDU-Fraktion schon häufiger thematisiert. Zum einen ist es bei der Verkehrsüberwachung wichtig, dass die zur Verfügung stehenden Stellen auch tatsächlich besetzt werden und zum anderen möchten wir darüber hinaus das Thema Feldschutz aufgreifen und Stellenplanneutral eine zusätzliche Stelle schaffen, da wir der Meinung sind, dass auch mit Blick auf die gesamte Gemarkung mehr Präsenz erforderlich ist und mehr Präsenz unserer Gemarkung und unseren Wegen außerhalb der Bebauung auch guttun wird. Die finanziellen Mittel in Höhe von rund 50.000 € sind im laufenden Jahr im Bereich Sach- und Dienstleistungen einzusparen. Daher bitten wir hier um Zustimmung.

CDU/Grüne – Schillercafé: Mit Blick auf das Schillercafé möchten wir, um keine Zeit zu verlieren, die notwendigen Haushaltsmittel für einen Abbruch in Höhe von 82.000 € im Investitionsprogramm einstellen, um bei Bedarf im Jahr 2022 auch handeln zu können. Wir wissen heute noch nicht wie sich das Testzentrum oder eine Folgenutzung entwickeln werden. Wir wissen aber, dass wir die noch offenen Punkte klären wollen und im Falle eines erneuten Leerstandes im Jahr 2022 handlungsfähig sein wollen. Die STVV soll darüber bei Bedarf nochmal gesondert entscheiden. Insofern bitte wir an dieser Stelle ebenfalls um Zustimmung.

CDU/Grüne – Bahnhofsvorplatz Hofheim: Außerdem möchten wir die Planungsleistungen in Höhe von 115.000,- €, für den Bahnhofsvorplatz in Hofheim in das Jahr 2022 vorziehen. Die Gründe dafür sind schnell erklärt: Es wurde bereits viel Vorarbeit geleistet und es macht Sinn das gemeinsam mit dem Bahnhof in Lampertheim anzugehen. Im Gegenzug reduzieren wir die Mittel für die elektronische Schließanlage um 100.000,- Euro auf insgesamt 50.000 Euro, weil wir der Meinung sind, dass eine schrittweise Umsetzung nach Prioritäten hier akzeptabel erscheint. Auch hier bitten wir um Zustimmung.

CDU/Grüne – Förderprogramm Tagespflege: Die Haushaltsposition der Kinderbetreuung kennt in den vergangenen Jahren nur eine Richtung, nämlich nach oben. Eine Investition in die Zukunft und ein

wichtiger Standortfaktor, wo wir aber auch vor großen Herausforderungen stehen. Fakt ist, dass wir in diesem Bereich eine größere finanzielle Unterstützung benötigen.

Darüber hinaus wird in den nächsten Jahren auch der Druck im Ü3-Bereich, aber auch im Bereich der U3-Betreuung weiter steigen. Daher möchten wir mit einem Förderprogramm das Thema „Kinder-Tagespflege“ unterstützen. Wenn es uns perspektivisch gelingt mit einem entsprechenden Förderprogramm beispielsweise 10 Tageseltern, die jeweils 5 Kinder betreuen, zu gewinnen, dann sparen wir im Gegenzug einen 4-zügigen Einrichtungsneubau für mehrere Millionen Euro und verbreitern zusätzlich qualitativ unser Angebot in der U3-Betreuung. Diese Chance mit einem entsprechenden Programm sollten wir nutzen und dafür stellen wir im kommenden Haushalt 50.000,- € zur Verfügung, welche über Einsparungen bei den Sach- und Dienstleistungen gegenfinanziert werden sollen. Das ist jetzt gut investiertes Geld, welches uns im Falle eines Erfolgs mittelfristig entlasten wird. Wir bitten ebenfalls um Zustimmung.

Anträge FDP + SPD

FDP/SPD – Heimatmuseum: Grundsätzlich können wir die Antragsidee mittragen. Geschichte muss man bewahren und vor allen Dingen auch zugänglich machen. Da die SPD ihren Antrag zurückgezogen hat werden wir dem FDP-Antrag zustimmen. Unser Vorschlag zur Gegenfinanzierung wäre, dass die Mittel bei Sach- und Dienstleistungen unter der Position „Einmalige Sanierungsmaßnahmen Gebäude“ mit der entsprechenden Priorität abzubilden sind.

SPD - Ausbau Ladeinfrastruktur: Beim Antrag zur Ladeinfrastruktur müssen wir aufpassen, dass wir nicht anfangen uns zu verzetteln. Ein Konzept zur Ladeinfrastruktur im Rahmen einer Mobilitätsanalyse ist ein klassischer Bestandteil eines Integrierten Klimaschutzkonzepts, welches vor der Sommerpause thematisiert wurde und 2022 auf den Weg gebracht werden soll. Insofern macht es aus unserer Sicht wenig Sinn einzelne Bestandteile des Klimaschutzkonzepts in Form weiterer Konzepte separat auf den Weg zu bringen.

SPD - Elektronisch versenkbare Poller: Bei den versenkbaren Pollern haben wir uns die Frage gestellt, ob wir tatsächlich in der aktuellen Situation in der Lage sind uns elektrisch versenkbare Poller für 60 T€ zu leisten. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass wir das nicht sind. Die Idee den Durchgangsverkehr an dieser Stelle zu unterbinden macht absolut Sinn, aber hier erfüllen auch normale Standardpoller, welche aus dem Budget finanzierbar sind, am Beginn des Schillerplatzes ihre Aufgabe. Der Grundidee können wir folgen, sollten diese auch vorantreiben und überprüfen, aber nicht elektrisch.

SPD – Sichere Schulwege: Bei dem Antrag „Sichere Schulwege“ mache ich es kurz. Hier können wir zustimmen, wobei zu überlegen wäre, ob hier das neue Projektteam zum Einsatz kommen kann.

SPD - Sanierung L3110: Kommen wir jetzt zur L3110. Die fachliche Bewertung der L3110 kommt zu dem Ergebnis, dass der Zustand als befriedigend eingestuft wird. Der wirklich schlechte Zustand der L3110 beginnt erst hinter der Landesgrenze und nicht auf unserer Gemarkung. Die vorgeschlagene Gegenfinanzierung ist zudem nicht sichergestellt und auch nicht ganz nachvollziehbar. Uns bleibt leider keine andere Möglichkeit als diesen Antrag abzulehnen, da die finanziellen Mittel schlichtweg nicht vorhanden sind.

FDP – Bahnhof / Zehntscheune / Schillerplatz: Punkt 1: Das können wir mittragen, da wir auch der Meinung sind, dass wir beim Bahnhof nochmal genau definieren sollten, was wir wollen. Punkt 2: Da können wir ebenfalls zustimmen und sind der FDP an dieser Stelle auch dankbar, dass die Zehntscheune aktiv im Investitionsprogramm aufgenommen wird. Punkt 3: Passt für uns ebenfalls, da es unseren Antrag hinsichtlich dem Schillercafé zusätzlich unterstützt, um 2022 handlungsfähig zu

sein. Bei diesen Themen wird unser neues Projektteam gefordert sein, denn wir müssen 2022 die planerischen Grundlagen schaffen und definieren was wir wollen, um 2023 auch tatsächlich umsetzen zu können.

Abschluss

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir kommen in eine Situation, dass weitere Aufgaben und zusätzliche Belastungen dazu führen, dass wir jährlich immer mehr erwirtschaften müssen, um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Die Weitergabe der Kosten erfolgt so lange bis der Letzte in der Kette, nämlich wir als Kommune nur noch folgende Möglichkeiten aufgezeigt bekommen: Mit Grundsteuer Erhöhung, Gebührenanpassungen oder dem Streichen freiwilliger Leistungen die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich zu belasten. Hier macht man es sich an den ganz übergeordneten Stellen teilweise zu einfach. Wir als ehrenamtliche Kommunalpolitiker sind vor Ort, müssen unsere Entscheidungen regelmäßig rechtfertigen und benötigen eine Grundlage, so dass unsere Stadt auch in Zukunft finanziell handlungsfähig bleibt.

Fakt ist aber auch und das ist wiederum das Positive, dass man mit dem vorliegenden Haushalt dennoch viel erreichen kann. Genau das sollte unser Ansporn sein dafür zu sorgen, dass wir den Vollzug im kommenden Jahr besser hinbekommen als bisher, wir Ergebnisse vorweisen können und die Möglichkeiten und Chancen des Haushaltplans auch bestmöglich nutzen. In diesem Sinne stimmen wir dem Haushaltsplan und dem Investitionsprogramm zu. Unser Abstimmungsverhalten zu den vorliegenden Anträgen habe ich entsprechend erläutert.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!



StVV am 10. Dezember 2021

TOP 12: Haushaltsplan 2022

Anrede,

...

Die Stadt Lampertheim kann im Planjahr 2022 – im Gegensatz zum letzten bzw. noch laufenden HH-Jahr 2021 – den Haushaltsausgleich im ordentlichen Ergebnis mit rund +600 TEUR (Stand jetzt) erreichen.

Dies geschieht ohne eine Erhöhung der Grundsteuer B, die wir in der CDU/Grünen-Koalition für den HH-Plan 2022 ausgeschlossen haben. Für das Jahr 2023 wird es aber aller Voraussicht nach unumgänglich sein, den Hebesatz von derzeit 460 Punkten erhöhen zu müssen.

Bund und Land bleiben daher weiterhin aufgefordert, den Kommunen eine auskömmliche Finanzausstattung zur Verfügung stellen. Die kommunale Ebene muss aber auch durch eine kritische Selbstüberprüfung ihre freiwilligen Aufgaben und die Standards der Aufgabenerfüllung regelmäßig hinterfragen, bevor an der Steuer- und Gebührenschraube gedreht wird.

Diese unter dem Strich für 2022 positive Entwicklung ist der verbesserten Ertrags-situation, aber auch den anzuerkennenden Spar- und Optimierungsmaßnahmen der Verwaltung – ich nenne hier die Personalkostendeckelung - zu verdanken.

Ich komme nun zu den vorgelegten HH-Anträgen:

12.1.1 Getrennte Anträge der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion: Sanierung Heimatmuseum

Hier halten wir den Antrag der FDP für die dringliche Sanierung der Außenfassade des Heimatmuseums einen Betrag von 50 TEUR für richtig.

Der konkurrierende Antrag der SPD sogar 150 TEUR in den HH-Plan einzustellen geht uns zu weit, zumal die Gegenfinanzierung nicht überzeugt.

12.1.2 Antrag der SPD-Fraktion: Konzept für den Ausbau von Ladeinfrastruktur

Den Ausbau der Ladeinfrastruktur halten wir grundsätzlich für notwendig, möchten aber dieses Thema in Zusammenhang mit dem Klimaschutzprogramm behandelt wissen und hier nicht losgelöst 5 TEUR vorsehen.

12.1.3 Antrag der SPD-Fraktion: Einbau von elektronisch versenkbaren Pollern in der Sedanstraße

Ähnliches gilt hier auch. Eine kostengünstigere Alternative wie zum Beispiel mobile Blumenkübel. Der Vorschlag elektrisch versenkbare Poller einzubauen ist zu teuer in der Anschaffung und zu kostenintensiv in der Unterhaltung.

12.1.4 Antrag der SPD-Fraktion: Sichere Schulwege schaffen

Fraglich, ob dies ein HH-Antrag ist.

Hier gibt es zwar bereits ein Konzept „Sicherer Schulweg“. Auch könnte der Punkt 1 in ein Verkehrskonzept in Zusammenhang mit der Planung des Biedensand-Campus eingebunden werden.

Wir sind aber bereit, dies mitzutragen und gehen davon aus, dass die beiden Fachausschüsse SEBA und UMEA hier jeweils miteingebunden werden.

Was den Punkt 2 Fahrbahnschäden betrifft, gehen wir davon aus, dass eine entsprechende Priorisierung seitens der Verwaltung erfolgen wird.

12.1.5 Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Investitionsprogramm 2022 - Abbruch Schillercafé"

Wir schließen uns den Ausführungen unseres Koalitionspartners an.



12.1.6 Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Förderprogramm Ausbau Tagespflege"

Zu diesem Antrag wird im Anschluss meine Fraktionskollegin Mirja Mietzker-Becker noch einige erläuternde Ausführungen machen.

12.1.7 Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Investitionsprogramm 2022 - Planung Umgestaltung Bahnhof Hofheim"

Wir schließen uns den Ausführungen unseres Koalitionspartners an.

12.1.8 Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Stellenplan "Vollzeitstelle Feldschutz"

Hier beantragen wir, dass im Stellenplan eine Vollzeitstelle für die Funktion „Feldschutz“ ausgewiesen. Die Ausbringung soll stellenplanneutral unter Inanspruchnahme der Personalreserven erfolgen.

Wir sehen hier die Notwendigkeit im Sinne des Umweltschutzes beispielsweise gegen die Vermüllung der Landschaft vorzugehen. Einsatzbereich für den Feldschutz soll der „Außenbereich“ sein und dort mit seiner Präsenz auch präventiv wirken.

Bei einer tarifgerechten Ausweisung gehen wir von rund 50 TEUR jährlich aus. Der tatsächlich in 2022 anfallende Personalaufwand wird anteilig geringer sein und soll aus den derzeit „gedeckelten Personalkostenbudget“ durch geeignete personalwirtschaftliche Maßnahmen generiert werden. Also nicht „on top“, sondern durch Personalmanagementleistung erwirtschaftet. Diese Rahmenvorgabe verbinden wir mit der Beschlussfassung zur Änderung des Stellenplans.

12.1.9 Antrag der SPD-Fraktion: Sanierung der L3110 in Hüttenfeld

Hier gehen wir von einem noch befriedigenden Straßenzustand aus, der eine grundlegende Sanierung derzeit nicht notwendig macht, die im Übrigen auch nicht realistisch gegenfinanziert ist.



12.1.10 Antrag der FDP-Fraktion zur Finanzierung der Bahnhofsumgestaltung in Lampertheim, der Sanierung der Zehntscheune und der Bepflanzung Schillerplatz

Die von der FDP beantragte Umverteilung der Planungsmittel zwischen den genannten Stadtumbaumaßnahmen können wir uns grundsätzlich vorstellen.

Es muss nur darauf geachtet werden, dass keine Vermischung mit anderen Fördermaßnahmen außerhalb des ISEK erfolgt, damit die weiteren Planungen für die Bahnhofsumgestaltung, die Sanierung der Zehntscheune und für den Schillerplatz flexibel möglich bleiben.

Abschließend noch eine allgemeine Anmerkung zu den Investitionen bzw. zum Investitionsprogramm. Die Vorgaben des § 12 GemHVO verlangen für Investitionen von erheblicher finanzieller Bedeutung eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung – und zwar im Vorfeld der Beschlussfassung. Hier wäre es künftig angezeigt - z.B. im Rahmen der Haushaltssatzung - zu definieren, wann eine Maßnahme „von erheblicher finanzieller Bedeutung“ ist. Ich denke, dies ist auch in der Verwaltung bekannt und diese „Erheblichkeitsgrenze“ sollte spätestens im nächsten Haushalt entsprechend festgelegt werden.

Es ist somit unter schwierigen Rahmenbedingungen dem Magistrat gelungen, einen genehmigungsfähigen Haushaltsplan 2022 vorzulegen, der - unter Berücksichtigung der genannten Anträge - unsere **Zustimmung** finden kann.

Insoweit gilt der Dank den Verantwortlichen und den Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung, die an der Planaufstellung mitgewirkt haben.

Vielen Dank!

gez.

(Stefan Nickel)
Fraktionsvorsitzender